



**UTA SCHLEGEL**

*Politische Einstellungen  
ostdeutscher Frauen  
im Wandel*

**UTA SCHLEGEL**

*Politische Einstellungen  
ostdeutscher Frauen  
im Wandel*

**Rosa-Luxemburg-Verein e.V.  
Leipzig 1993**

# **TEXTE ZUR POLITISCHEN BILDUNG**

**Im Auftrag des Rosa-Luxemburg-Vereins herausgegeben von  
Lutz Höll und Manfred Neuhaus**

## **Heft 5**

**© ROSA-LUXEMBURG-VEREIN e. V.**

Rosa-Luxemburg-Straße 19-21

0-7010 Leipzig

Umschlaggestaltung: Daniel Neuhaus und Hans Rossmanit

Redaktion: Lutz Höll und Manfred Neuhaus

Titelfotografie von Christiane Eisler

»Wäscherei Leipzig, Februar 1991«

Korrektur: Ursula Albert

Satz: Lutz Höll

Herstellung: GNN Gesellschaft für

Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung m.b.H.

Badeweg 1, 0-7144 Schkeuditz

## INHALTSVERZEICHNIS

1. Zu den Schwierigkeiten des Themas .....	5
2. Besonderheiten (weiblicher) politischer Partizipation in der DDR und über die »Wende«.....	8
3. Politische Positionen von Frauen in der DDR und über die »Wende« .....	13
3.1. Politische Interessen .....	16
3.2. Zur weltanschaulichen Position .....	24
3.3. Positionen zur globalen Perspektive des Sozialismus und zum Staat DDR .....	26
3.4. Positionen zur deutschen Vereinigung .....	30
3.5. Positionen im Links-Rechts-Spektrum und in außerparlamentarischen Bewegungen .....	39
4. Literaturverzeichnis .....	50



---

*Diesen Impuls, tief aus meinem Innern, jetzt ganz schnell verwirklichen: Bevor ihn die »Vernünftigkeit« mit ihrem Fangnetz einholt, erwürgt in den Schlingen, geflochten aus Angst und »Das geht doch nicht«.*

*Kathrin Fust*

## **1. Zu den Schwierigkeiten des Themas**

**1.1.** Der *Politik-Begriff*, das Partizipationsverständnis und selbst die Frauen erweisen sich zum Thema als kompliziert und diffus. Wir müssen davon ausgehen, daß es weder innerhalb der Sozialwissenschaften der alten BRD noch innerhalb der DDR-Soziologie einen Konsens zum Politikbegriff gab, geschweige denn einen systemübergreifenden. Im Rahmen dieses Abschnitts – wiewohl politische Teilhabe in den beiden deutschen Staaten ohnehin kaum vergleichbar ist – können und wollen wir uns nicht auf ein Politik-Verständnis als »Teilnahme an Staatsangelegenheiten, Klassenkampf um die Staatsmacht« (KLEINES FREMDWÖRTERBUCH 1972) beschränken, noch als »die auf die Überwindung von Interessengegensätzen innerhalb der Gesellschaft eines Staatswesens zielenden Tätigkeiten« (GABLER 1990). Die Möglichkeiten und Voraussetzungen politischer Beteiligung versus politischer Verweigerung waren in den beiden deutschen Staaten auf Grund der Strukturen sehr unterschiedlich; beispielsweise gab es in der DDR einen einzigen Jugendverband (FDJ) und eine einzige Frauenorganisation (DFD) und auch keine relativ autonomen jugendlichen oder weiblichen Interessenvertretungen innerhalb der Parteien. Die Strategien, Institutionen, Methoden politischer Sozialisation in der DDR und der BRD waren sehr unterschiedlich. Die Verweigerung politischer Teilhabe (z.B. der Nichteintritt in die FDJ, die Nichtteilnahme an Wahlen) in der DDR kann als massives politisches Verhalten gesehen werden. Alternative – d.h. außerhalb oder gegen vorhandene politische Strukturen/Institutionen stattfindende – politische Aktivitäten hatten mit restriktiven Sanktionen zu rechnen und waren in aller Regel zum Scheitern verurteilt, wie z.B. »von unten« initiierte Anstöße für eine Frauenbewegung.

Letzteres war möglich auf dem Hintergrund sehr differenzierter ideologischer, struktureller, ökonomischer und anderer Bedingungen, z.B. der Doktrin von der prinzipiellen Übereinstimmung individueller und gesellschaftlicher Interessen in der sozialistischen Gesellschaft, der Kontrolle der Massenmedien (kaum Möglichkeiten der Herstellung von Öffentlichkeit), auf die hier nicht näher eingegangen werden kann.

Wie später noch auszuführen sein wird, ist darüber hinaus das Verständnis von Politik durchaus *nicht geschlechtsneutral* – dies mindestens in doppeltem Sinne:

*Einerseits* haben die jahrtausendelange Zuweisung und Polarisierung der Geschlechterrollen – philosophisch, religiös, juristisch und anders legitimiert – auf den öffentlichen, produktiven männlichen und den privaten, reproduktiven weiblichen Lebensbereich und -zusammenhang zweifellos zu männlichen politischen und Machtstrukturen und -kommunikationen (einschließlich ritualisierter »männlicher« Verhaltensmuster im Sinne von Hierarchisierung, Revier-Abstecken, öffentlicher Selbstinszenierung und auch der Zeitstrukturen des politischen »Geschäfts«) geführt, was historisch-gesellschaftlich wie individuell den heutigen Zugang von Frauen zur Politik erschwert. Auch Einzelbeispiele erfolgreicher Politikerinnen in der deutschen Nachkriegszeit (MEYER 1989) oder Politikerinnen-Gruppen (wie die anderthalbjährige Westberliner rot-grüne Senatsmannschaft mit acht Frauen mit ihrem »Hexenfrühstück«; siehe COSMOPOLITAN 1990; »Leipziger Volkszeitung« vom 24. Mai 1991), die sich mehr oder weniger männlichen Strukturen widersetzt haben, ändern daran prinzipiell nichts. Genau dieser Sachverhalt wird neuerdings – nicht zufällig vorwiegend von Frauen – zum Gegenstand von Überlegungen und Untersuchungen gemacht, z.B. von SCHAEFFER-HEGEL 1988; SCHÖLER-MACHER 1991. Dies impliziert, daß Frauen historisch und bis heute im wesentlichen *Objekt* von Politik waren und dies selbst auch so reflektieren.

*Andererseits* und folgerichtig unterscheiden sich heute weibliches und männliches Politikverständnis, wie das beispielhaft deutlich wird daran

– daß Mädchen die Gleichberechtigung der Geschlechter als unbedingten Bestandteil von Demokratie betrachten,

– daß Frauen das Rotationsprinzip (versus Berufspolitiker-Karriere) in der Politik leichter akzeptieren als Männer,

---

– daß Mädchen und Frauen mehr vor Ort in ihrem unmittelbaren Umfeld politisch tätig sind, sich sozial engagieren, sich aber selbst eher als apolitisch einschätzen.

1.2. Der *Partizipationsbegriff* ist u.E. nur sehr bedingt – wenn überhaupt – geeignet, das weibliche Verhältnis zu und Verhalten in politischen Strukturen zu beschreiben, wenn unter politischer Partizipation die »politische Beteiligung oder Teilnahme, Mitbestimmung, Bezeichnung für den Vorgang, durch den die Mitglieder einer Gesellschaft ihre Wünsche und Vorstellungen an die politischen Institutionen vermitteln«, verstanden wird (LEXIKON ZUR SOZIOLOGIE 1973). Solche Auffassung von politischer Partizipation reduziert diese weitgehend auf Wahlverhalten (bzw. -präferenzen), die Mitgliedschaft in Parteien/Organisationen/Verbänden und – hinsichtlich Geschlechtsunterschieden – den Anteil von Frauen in den politischen Machtpositionen und Parlamenten. Genau dieses u.E. verkürzte Verständnis politischer Partizipation läßt jenes besonders einfach und »präzise« messen, und die Literatur dazu bestätigt das. Nicht zufällig wird auch an diesem engen Partizipationsbegriff verbreitet festgehalten (Beteiligung an Wahlen könne »als ein konkreter Ausdruck politischen Interesses angesehen werden« – siehe KAASE 1989; auch in der DDR?) und nur selten – dann vorwiegend von Frauen (siehe z.B. SEIDENSPINNER 1990; SCHLOTTAU 1990) und kaum von Männern\* – in Frage gestellt.

Aus allen diesen Gründen werden wir im folgenden einen sehr viel weiteren Begriff der politischen Partizipation verwenden, der stark die *Einstellungsebene* berücksichtigt.

---

\* Bemerkenswert fand ich insofern die Bemerkung von Rudolf Scharping auf der Tagung der Evangelischen Akademie Loccum 17. bis 19. Oktober 1990 »Ist mit der Jugend kein Staat zu machen? Politische Beteiligung junger Leute in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen«, daß politisches Engagement *nicht* auf Wahlbeteiligung und Mitgliedschaft in Parteien zu reduzieren sei, zumal Umwelt-, Friedens- u.a. Basisgruppen Jugendlicher, Gewerkschaften, Kirchen, Frauenbewegung usw. weitgehend an den etablierten Parteien vorbeigehen.

1.3. Zudem muß betont werden, daß *die weibliche* politische Partizipation eine fast unzulässige Verallgemeinerung ist. Geschlechtsunterschiede bzw. -nichtunterschiede sind eigentlich nur in vergleichbaren Untergruppen angezeigt. So zeigt sich beispielsweise, daß in bestimmten Teilgruppen (z.B. der Ledigen) in der DDR keine Geschlechtsunterschiede in den politischen Einstellungen nachweisbar sind, wie FÖRSTER 1985 differenziert nachweist. Demgegenüber erweist sich in dieser Beziehung in empirischen Untersuchungen der Bildungsstand als besonders gravierend und determinierend – oft stärker als die Geschlechtszugehörigkeit. Aber auch Stadt-Land-Differenzierungen, der Familienstatus/Kinder und Altersgruppen erweisen sich für Umfang und Art/Inhalt politischer Einstellungen und Beteiligung als relevant.

1.4. Letztlich besteht die nicht geringste Schwierigkeit des Themas darin, daß bekanntlich zum jetzigen Zeitpunkt präzise Erkenntnisse zu Ausmaß, Mechanismen, Formen politischer Reglementierung, Anpassung, Verweigerung in der DDR nicht vorliegen und deren Aufarbeitung noch aussteht, wie nicht zuletzt die Diskussion in der 82. Sitzung des Deutschen Bundestages im März 1992 deutlich machte.

## 2. Besonderheiten (weiblicher) politischer Partizipation in der DDR und über die »Wende«

Will man aktuelle oder frühere politische Befindlichkeiten, Verdrossenheiten, Aktivitäten von DDR-Frauen umreißen, reichen Reduzierungen auf Formeln wie »von der Diktatur zur Demokratie« oder »von der Plan- zur Marktwirtschaft« nicht aus (siehe dazu auch STIEHLER 1991), verwischen sie doch beispielsweise solche Sachverhalte, daß sich ostdeutsche Frauen nach der deutschen Vereinigung eher noch mehr als Objekt von Politik empfinden als vorher.

Aus der Vielfalt von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für politische Einstellungen und Partizipation in der DDR können wir im folgenden nur einige wesentliche herausgreifen:

---

– Die DDR war eine »geschlossene« Gesellschaft. Das galt bekanntlich sowohl territorial als auch kulturell und schloß weitgehend beispielsweise wahrnehmbare Vergleiche mit anderen Gesellschaften aus (der Empfang von BRD-Sendern hatte in dieser Beziehung kaum Bedeutung) wie auch die Erfahrung des habituellen Umgangs mit »Fremden« (stark verengte Reisemöglichkeiten, geringe Anzahl von Ausländern in der DDR bei gleichzeitiger Abschottung).

– Diese geschlossene Gesellschaft hatte offiziell eine in sich geschlossene Erziehungsideologie (auch und besonders hinsichtlich politischer Sozialisation – dies in konzentrischen Kreisen), d.h., letztere bemühte sich, sich über alle Lebensbereiche durchzusetzen: beginnend mit Vorschuleeinrichtungen, über die Schule (1957 wurde hier das neue Fach »Staatsbürgerkunde« eingeführt), die Berufsausbildung und die Hochschulziehung (insbesondere das »Grundlagenstudium«), bis in die Berufsarbeit (»Schule der sozialistischen Arbeit«, »Parteilehrjahr«), die Freizeiteinrichtungen, die Parteien und Massenorganisationen. (Allerdings werden u.E. die Ergebnisse der institutionellen politischen Bildung und Erziehung in der DDR bis heute stark überschätzt; beispielsweise ist die hohe Identifikation mit dem Staat DDR weniger das Resultat ideologischer Unterweisung als das anderer Faktoren wie humanistische und sozialistische Ideale und praktische Erfahrungen mit den staatlichen Leistungen, z.B. in der Jugend- und Familienpolitik – siehe dazu ausführlicher WATERKAMP 1989).

– Diese Erziehungsideologie folgte (natürlich unausge- bzw. widersprochen) einem Menschenbild, das die Persönlichkeit als Objekt ihrer Bemühungen auffaßte. Folgerichtig wurden bei Fehlverhalten auch und besonders die Erziehungsinstanzen dafür verantwortlich gemacht: Eltern, Schule, Hochschullehrer, Lehrausbilder und Meister.

– Damit einher ging – sowohl in der pädagogischen Theorie als auch in der Praxis – eine weitgehende Ignorierung der Bedeutung der sozialen Erfahrung für die Persönlichkeitsentwicklung im allgemeinen und die politische Sozialisation im besonderen: z.B. Intershop versus deklariertes Leistungsprinzip, Qualität und Verfügbarkeit von Autos versus absterbender Kapitalismus, Privilegienpraxis versus Gleichheitsprinzip. Schon hieraus folgte eine massenhafte permanente und zunehmende Differenz zwischen

politischem theoretischen (Schul-)Wissen und politischem Alltagsbewußtsein.

– Der »vormundschaftliche Staat« (HENRICH 1990) definierte »vernünftige Bedürfnisse« der Persönlichkeit, wenn er auch veranlaßt war, diese – im Nachgang zu tatsächlichen und nicht zu eliminierenden – zu korrigieren, wie das beispielhaft für Jeans-Bekleidung (von der Verteufelung zur »Jugendmode«), die Unterhaltungsmusik, den Datschen- und Kleingartentrend (von der Apostrophierung als »kleinbürgerlich« zur bewußten Nutzung »1 m<sup>2</sup> Gemüse-Anbau mehr!«) nachvollzogen werden kann.

Ganz offensichtlich hat der Anspruch von Staat und Partei, bester Kenner und Interessenvertreter sowie -realisierer aller Bevölkerungsgruppen zu sein, bei denen (Frauen, Jugend, Arbeiter u.a.) zu mangelnder Einforderung eigener Interessen, zu einem Defizit an Konfliktfähigkeit geführt. Zu letzterem hat wesentlich natürlich auch als intervenierende Variable die fehlende individuelle Erfahrung beigetragen, durch eigene Aktion politisch etwas bewegen zu können. Dieses ohnmächtige Objekt-Gefühl im politischen Bereich hat offenbar nach der deutschen Vereinigung (nach vorübergehendem euphorischen Subjekt-Bewußtsein während der »Wende«) eher noch zugenommen – insbesondere bei Frauen durch deren noch stärkere Betroffenheit durch die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen (Arbeitslosigkeit, § 218, Kindereinrichtungen).

– Andererseits gewährleistete diese Doktrin ein hohes Maß an sozialer Sicherheit, eine hohe und langfristige Planbarkeit des eigenen Lebenslaufs sowie damit geregelte und relativ gut beschreibbare (weibliche, akademische, politische u.a.) »Normalbiographien«.

Paradoxerweise hat gerade die Jugend- und Frauenpolitik (neben der Sportpolitik) der DDR – mit ihrem impliziten Objektverhältnis zu ihrem Gegenstand und dem Ausschluß ihres Objekts aus politischen Strategien, Maßnahmen und Entscheidungen – maßgeblich zur internationalen Anerkennung der DDR beigetragen: Olympia-Siege, die »Fürsorge« von Staat und Partei für die Jugend (ausführlicher dazu siehe DENNHARDT 1991), die (unbestritten progressiven) »Errungenschaften« für die DDR-Frauen wie das Gesetz zur Schwangerschaftsunterbrechung 1972, staatliche, kommunale und betriebliche Krippen- und Kindergarteneinrichtungen.

Letztere haben aber auch ihre innenpolitischen Effekte nicht verfehlt: Frauen – insbesondere junge – haben sich sehr lange höher als Männer mit »ihrem« Staat identifiziert, zumal die familienpolitischen Regelungen in der DDR – wenn auch von oben angeordnet und patriarchalischen Mustern folgend, fast ausschließlich an Frauen adressiert – in hohem Maße mit den individuellen Lebensplänen junger Frauen korrespondierten.

Bereits hier muß darauf hingewiesen werden, daß die langjährige Verbundenheit und Identifikation der DDR-Bürger (besonders der jungen Frauen) mit ihrem Staat wesentlich mit determiniert war von diesen Wirkungen seiner Sozialpolitik.

– Die bisher genannten, nur grob umrissenen politischen Sozialisationsstile, -ziele und -bedingungen sind die öffentlichen, staatlichen gewesen, die als autoritär, antidemokratisch, zentralistisch und dirigistisch zu charakterisieren sind. Demgegenüber müssen gleichzeitig deutliche *Liberalisierungstendenzen* im mehr privaten Bereich festgestellt werden: in der Familie, in der Sexualität, in der Freizeit (wie informelle Gruppen, kulturelles Verhalten, Fernsehnutzung); differenzierter dazu siehe LANGE, G./H.J. STIEHLER 1990; BERG 1991.

Insofern ist früheren und derzeitigen Hypothesen und einseitigen Darstellungen von innerhalb und außerhalb der DDR/der neuen Bundesländer massiv zu widersprechen, die postmaterialistische, hedonistische, Privatisierungs- und ähnliche Tendenzen für die DDR leugnen und eine allmächtige und effektive Durchdringung der Staatsdoktrin für alle Lebensbereiche und Persönlichkeitsmerkmale postulieren.

Dies versucht beispielsweise ISRAEL (1990) unzulässig generalisierend für die Kindheit – einschließlich linear fortgeschrieben für das Erwachsenenalter – und beschreibt quasi die gesamte DDR-Bevölkerung als psychiatrisch behandlungsbedürftig, z.B. die Kinder mit »blasse(n) Gesichter(n) mit relativ geweiteten Augen und schmalen Lippen (wie ein Strich). Die Blässe hat nichts mit Fehlernährung zu tun, sondern mit nach innen gekehrter Emotionalität, Verslossenheit. Die Arme werden in der Regel eng am Leib gehalten, die Schultern hochgezogen. Bei Erwachsenen sind spärliche Bewegungen und ein starrer Brustkorb typisch, Augenbrauen und Stirn sind meist zusammengezogen, die Zähne zusammengebissen. Der

Körper drückt das Festhalten, also nicht-los-lassen-dürfen aus.« (Ebenda S. 104.)

Und NIERMANN (1991) charakterisiert die DDR-Jugend in einer Stellungnahme für eine Anhörung durch den Deutschen Bundestag fast rassentheoretisch, jedenfalls pseudowissenschaftlich auf der Grundlage ausschließlich »eigener Beobachtungen«, da alle »Forschungsarbeiten und -berichte von Forschungsinstituten und Forschern der ehemaligen DDR\* (die auch jetzt noch in den fünf neuen Bundesländern arbeiten), politisch respektabel (sind), wissenschaftlich sind sie als Aussage über die Wirklichkeit noch nicht einmal das Papier wert« (ebenda S. 2) – dies bei insgesamt drei Literaturquellen zum Thema.

Demgegenüber umreißt POPPE (1992) in der Diskussion des Deutschen Bundestages am 12. März 1992 zur Einsetzung einer Enquete-Kommission »Aufarbeitung der Geschichte und der Folgen der SED-Diktatur« die politischen Befindlichkeiten relativ bündig: »Für das Gros der Bevölkerung war die *mittelbare Unterdrückung* erlebbarer und wirksamer als die eher als exotisch angesehene unmittelbare Verfolgung durch Stasi und Justiz. Meist ging es nicht um die nackte Existenz, sondern um die Disziplinierung durch Gewährung kleiner Privilegien sowie durch deren Entzug. Mangelnde Anpassung wurde im allgemeinen durch ein abgestuftes System von Schikanen bestraft. Dazu gehörten beispielsweise die Verhinderung einer angemessenen Ausbildung, der Abbruch von Karrieren, Berufs- und Reiseverbote [...] Das eigentliche Phänomen, das letztlich auch den Herbst 1989 ermöglichte, ist die *Widerstandsfähigkeit* der Ostdeutschen trotz insgesamt 56 Jahren Diktatur, auch wenn sie vorwiegend nur in Form des privaten Rückzugs oder einer mühsam verschleierte Verweigerung bestand.« (Ebenda S. 6724.)

– Letztlich darf bei den subjektiven Möglichkeiten politischer Teilhabe insbesondere junger Frauen in der DDR nicht vergessen werden, daß unter den Bedingungen einer weiblichen Erwerbsquote von (1989) über 91 %, der – gegenüber der alten BRD – im Lebenslauf frühen Geburt von Kindern, dem

---

\* Durchaus bemerkenswert in unserem Kontext ist u.E. zur Formulierung »*ehemalige* DDR« der Protest einer jungen Frau (Hochschulabschluß, 25 Jahre, 1 Kind, ledig, Leipzig) in einem narrativen Interview: »Ich halte es sachlich wie politisch für instinktlos, von der »ehemaligen« DDR zu faseln: Ich rede über meinen verstorbenen Opa auch nicht als von meinem ehemaligen Großvater, und die Profi-Politiker denken gar nicht daran, beispielsweise von der ehemaligen Weimarer Republik zu reden.«

daraus folgenden zeitlichen Nebeneinander von Ausbildung/Beruf und Familienphase sowie den individuellen Anstrengungen um solche Vereinbarung der Handlungsspielraum für politische Aktivitäten deutlich beschränkt war. Dieses Phänomen der notwendigen Konzentration von Frauen auf für sie quasi unmittelbar existentielle Fragen (Erwerbstätigkeit, Kinder) wird während und nach der »Wende« eine gravierende Rolle spielen für ihre politischen Haltungen und (noch abnehmenden) Aktivitäten.

### 3. Politische Positionen von Frauen in der DDR und über die »Wende«

Wie oben umrissen, macht es keinen Sinn, weibliche politische Partizipation in der DDR und über die »Wende« am Wahlverhalten und an Mitgliedschaft in Parteien, Gewerkschaft, Organisationen festzumachen\*, wenn beispielsweise 96 % aller Schüler(innen) Mitglied der FDJ waren oder die Wahlbeteiligung mit Einheitsstimmzetteln bei den bekannten Zahlen um 100 % lag.

Auf die fehlende politische »Trennschärfe« der Parteien und Organisationen und ihre deklaratorische und/oder subtile Unterordnung unter die »führende Rolle der SED« soll im Rahmen dieses Beitrags nicht eingegangen werden. (Eine soziologisch-politische Analyse der DDR-Parteien legte MÖLLER, B. 1991 vor.) Auf jeden Fall kann prinzipiell von personellen Verflechtungen ausgegangen werden: Beispielsweise waren die hauptamtlichen Funktionärinnen der einzigen Frauenorganisation in der

---

\* Nach offizieller Statistik (STATISTISCHES JAHRBUCH 1989) waren die mitgliederreichsten Parteien und Massenorganisationen in der DDR (in Millionen):

– Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (FDGB)	9,6
– Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft (DSF)	6,4
– Konsumgenossenschaftsverband (KGV)	4,6
– Deutscher Turn- und Sportbund (DTSB)	3,7
– Freie Deutsche Jugend (FDJ)	2,3
– Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED)	2,3
– Demokratischer Frauenbund Deutschlands (DFD)	1,5

(ausführlicher dazu siehe BORIS 1991)

DDR, des Demokratischen Frauenbunds Deutschlands (DFD), – in krasser Disproportion zu den Mitgliedern – in der Regel SED-Mitglieder, ebenso ihre (ehrenamtlichen) Vertreterinnen in den Parlamenten aller Ebenen – siehe Tabelle 1. Darüber hinaus waren die Stadt- und Bezirksleitungen sowie das ZK der SED mit den Vertreterinnen ihrer Frauenkommissionen obligatorisch Mitglieder in den DFD-Vorständen der entsprechenden Ebenen. Solche Mechanismen können als prototypisch angesehen werden.

Nachdem bereits 1974 in offiziellen Einschätzungen die Frauenfrage als soziale Frage in der DDR gelöst war und Inge Lange, verantwortlich für die Frauenpolitik der SED, feststellte: »Und wir können deshalb auch ohne Einschränkungen sagen, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht ist« (LANGE 1974. S. 6), wurden damit implizit die weiblichen Konflikte in der Alltagsbewältigung unzulässig auf die individuelle Ebene verwiesen und reduziert. (Diese Doktrin ist übrigens teilweise sogar aufgegangen: Versorgungs- und andere gesellschaftliche Defizite sind von Frauen individuell kompensiert worden, haben sie unter Druck gesetzt, sie gezwungen, deutliche Abstriche an Freizeit, politischem Engagement, kulturellen und anderen Bedürfnissen vorzunehmen.)

Der DFD wandte sich in seinen Aktivitäten (beispielsweise in seinen »Beratungszentren«) vorrangig Themen der Kleinkindpflege, den Nutzungsmöglichkeiten des Schnellkochtopfs und der Strickmaschine, dem Schneiden und der häuslichen Festgestaltung zu. Damit erwies er sich als verlängerter Arm der Doktrin, Vereinbarungsprobleme auf der individuellen Ebene bewältigen zu müssen, und gleichzeitig als (mehr oder weniger unfreiwilliger) Mitverfechter einer traditionellen Hausfrauen- und Mutterrolle der Frau. Aber auch im Wohngebiet – dem eigentlichen Wirkungsort seiner Gruppen – maß der DFD (und wurde gemessen) die Effektivität seiner Arbeit an der Menge gesammelter Flaschen und Altpapiere für das Recycling, an der Gewinnung neuer Mitglieder, an der Erhöhung der monatlichen Mitgliedsbeiträge, also am Beitrag zu ökonomischen »Initiativen« und an der quantitativen Stärkung seiner Organisation.

In der DDR wurde gesellschaftspolitische Aktivität häufig an der Teilnahme an der MMM- bzw. Neuererbewegung festgemacht und gemessen

Tabelle 1: DFD-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung Leipzig:  
Arbeitsstellen ihrer Mitglieder, Parteizugehörigkeit, Mitglied welcher Ständigen  
Kommission

Arbeitsstelle	Partei*	Ständige Kommission**
VEB Nachrichtenanlagenbau	SED	Energie/Wasser
POS Miltitz	SED	Bildung und Erziehung
Deutsche Reichsbahn	SED	Verkehr/Nachrichten
VPKA ZBSK Nord	SED	Ordnung/Sicherheit
Rat der Stadt/Abt. B.u.B.	SED	Jugendfragen und Sport
PGH »DSF« Chemische Reinigung	—	Wohnungspolitik
Hans-Coppi-Oberschule	—	Bildung und Erziehung
DFD-Stadtbezirksvorstand West	SED	Handel und Versorgung
Karl-Marx-Universität	SED	Gesundheitswesen
Zentralinstitut für Jugendforschung	SED	Jugendfragen und Sport
---	SED	Volksvertretung
DFD-Stadtvorstand Leipzig	SED	Örtl. Versorgungswirtschaft
---	SED	Bildung und Erziehung
VPKA Abt. PM	SED	Energie/Wasser
Robert-Koch-Klinik	SED	Gesundheitswesen
Verlag für die Frau	SED	Finanzen
VEB Farben- und Lackfabrik	SED	Energie
VEB Gebäudewirtschaft Leipzig	SED	Finanzen
AWG Transport	SED	Ordnung/Sicherheit
VEB Dienstleistungskombinat	SED	Örtl. Versorgungswirtschaft
Zoo-Schule	—	Bildung und Erziehung
Rat der Stadt Leipzig	SED	Finanzen
Kulturbund Nord	SED	Kultur
VEB VTA »Paul Fröhlich«	—	Finanzen
Krankenhaus des SV Leipzig	SED	Energie

\* Zu diesem Zeitpunkt und in diesem Territorium gehörten die im DFD organisierten Frauen folgenden Parteien an: 41,9 % SED, 12,0 % »Blockparteien«, 45,6 % parteilos, so daß in diesem konkreten Beispiel bei 25 DFD-Abgeordneten (ohne Nachfolge kandidatinnen) die SED-Mitglieder mit 84 % drastisch überrepräsentiert waren.

\*\* Sitzordnung und Arbeitsweise der Stadtverordnetenversammlungen in der DDR folgten nicht dem Fraktionsprinzip, sondern inhaltlichen Arbeitsgegenständen.

(siehe FÖRSTER 1985). Aber auch die Reduktion auf diese Ebene bringt uns hier nicht weiter.

Wir wenden uns daher im folgenden mehr der Einstellungsebene hinsichtlich politikrelevanter Sachverhalte zu, und zwar bevorzugt bei jungen Frauen – dies außer den angeführten aus folgenden Gründen:

- weil sie das künftige Potential darstellen, weiblichen Einfluß auf Politik (im weiteren Sinne) zu erhöhen;

- weil Jugend *und* Frauen hinsichtlich ihres Verhältnisses/ihrer zu etablierenden Politikstrukturen offensichtlich starke Gemeinsamkeiten haben;

- weil politische Haltungen in der DDR und über die »Wende« (insbesondere durch die Jugendforschung) relativ gut empirisch untersucht worden sind und daher Veränderungen bis jetzt verfolgbar sind;

- weil die Einstellungsebene bei Frauen hinsichtlich Politik insofern auch besonders relevant ist, als sie in der DDR im individuellen Lebenszusammenhang – auf dem Hintergrund quasi maximaler Teilnahme an der Erwerbstätigkeit und der bekannten Vereinbarungsprobleme (die auch staatlicherseits auf sie verlagert wurden) – deutlich beschränkt waren im Ausmaß tatsächlicher Aktivität und Teilnahme;

- weil junge Frauen von den politischen und sozialen Veränderungen durch die deutsche Einheit (vor allem Verlust der DDR-Sozialpolitik) in besonderem Maße betroffen sind und um das Thema wenigstens hinsichtlich Alter der Frauen und damit im gegebenen Lebenszusammenhang einzugrenzen, ohne daß wir dabei die Probleme anderer Altersgruppen im neuen politischen System übersehen, z.B. derer im (unfreiwilligen) Vorruhestand oder der noch älteren, die jetzt zum zweiten Mal in ihrer Biographie den Untergang einer Gesellschaftsordnung erlebt haben.

### **3.1. Politische Interessen**

Bekanntlich nehmen politische Interessen und Aktivitäten innerhalb der Wertorientierungen und Lebensziele insgesamt einen unteren Platz ein – das gilt für beide Geschlechter.

Viel bedeutsamer sind durchgängig Arbeit, Familien- und Partnerbeziehungen (einschließlich Kinder), Gesundheit, Geld, Wissenserwerb,

Freunde (siehe dazu z.B. DEUTSCHE SCHÜLER IM SOMMER 1990; MÜLLER 1991 und OSTDEUTSCHE JUGEND '92).

In den achtziger Jahren stiegen darüber hinaus in der DDR innerhalb der Lebensziele die Sensibilität und Bedeutung von Umweltschutz und Konsum-/Versorgungsproblemen an (ausführlicher dazu siehe GENSICKE 1992). Insgesamt sind Tendenzen zu Individualismus und Hedonismus seitdem zu beobachten (siehe FRIEDRICH 1990. S. 34ff.).

Offensichtlich war in der DDR politisches Interesse (wenn überhaupt vergleichbar) – zumindest bei Jugendlichen immer etwas deutlicher ausgeprägt als in der BRD – siehe z.B. FRIEDRICH 1966 und JAIDE 1963. Großes politisches Interesse (»Verfolgen Sie politische Ereignisse mit großem Interesse?«) bekundeten 1962 danach 44 % der DDR-Jungen und 32 % der DDR-Mädchen sowie 15 % der BRD-Jungen und 8 % der BRD-Mädchen – bei starker Differenzierung nach dem Bildungsstand: Je höher der Bildungsstand, desto stärker das politische Interesse in beiden Ländern. 1986 kommt die Frauenstudie des ZIJ (BERTRAM 1986. S. 15) zu folgender Verteilung hinsichtlich politischen Interesses:

Tabelle 2: Politisches Interesse (»Ich bin politisch interessiert.«) – %

	sehr stark	stark	etwas	nicht
gesamt	10	27	51	12
Frauen	6	23	57	14
Männer	20	36	36	8
Frauen				
ohne Berufsabschluß	7	4	67	22
mit Facharbeiterabschluß	5	22	59	14
mit Fachschulabschluß	10	51	39	0
mit Hochschulabschluß	15	40	45	0

Bei allen Untersuchungen liegt das Politikinteresse der Mädchen und Frauen stets unter dem der Jungen und Männer. Diese empirischen Ergebnisse sind – in dieser Abstraktionsebene und nicht an bestimmte Inhalte geknüpft – insofern nicht sehr aussagefähig, da wir davon ausgehen müssen, daß Mädchen und Jungen/Männer und Frauen unterschiedliche »politische« Interessen haben, offenbar in den Untersuchungen jedoch ein Verständnis

von Politik im Sinne der öffentlichen, etablierten und Parteienpolitik induziert wird.

Andererseits widersprechen die meisten Frauen in der oben angeführten Studie dem Statement »Politik soll man den Männern überlassen« deutlich.

Tabelle 3: »Politik soll man den Männern überlassen.« – %

	vollkommen	mit gewissen Einschränkungen	kaum	nicht
gesamt	4	21	25	50
Frauen	4	20	24	52
Männer	4	23	27	46
Frauen ohne Berufsabschluß	3	17	17	63
mit Facharbeiterabschluß	4	21	25	50
mit Fachschulabschluß	0	5	24	71
mit Hochschulabschluß	0	0	19	81

Den Widerspruch findet die Studie in der höheren familiären Belastung der Frauen gegenüber Männern, da die Realisierung von politischen Interessen vor allem in der Freizeit stattfindet. Was die unterrepräsentierte weibliche Teilhabe an der institutionalisierten Politik – insbesondere auf relativ hoher Ebene – in der DDR betraf, so fanden SCHLEGEL/GANTZ (1987), daß gerade die dafür in Frage kommenden höher gebildeten Frauen (z.B. mit Hochschulabschluß) eine gegenüber Männern nur verzögerte fachliche Kompetenz erreichen – vor allem in den ersten 5 bis 7 Berufsjahren nach dem Verlassen der Hochschule. (Zu den differenzierten individuellen und gesellschaftlichen Gründen dafür siehe SCHLEGEL/GANTZ 1987). Diese nach Geschlecht unterschiedlichen Startbedingungen waren später – wenn überhaupt – nur schwer wieder auszugleichen; und bekanntlich gingen höheren und hohen Funktionen in Staat und Partei in der DDR meist Karrieren im Jugendverband FDJ mit ihren Altersbegrenzungen voraus (Prominenteste: Egon Krenz, Erich und Margot Honecker).

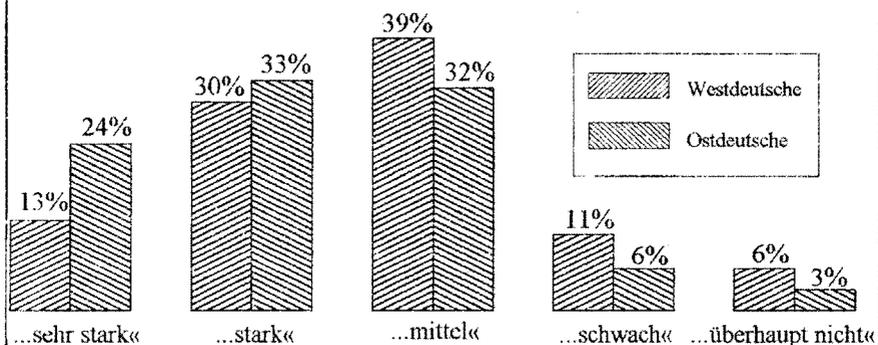
Während über die Jahre das Politikinteresse in der BRD unter Jugendlichen offensichtlich angewachsen ist (1983: 20 %, 1991: 30 %), ist es in der

DDR bis heute zurückgegangen – bei bizarren Sprüngen während der »Wende«. 1990 belegt eine Untersuchung im Auftrag des »Spiegel« (Bielefelder Emnid-Institut und Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung) noch ein etwas höheres Politikinteresse bei den Ostdeutschen – zumindest beim Interesse für aktuelle Ereignisse der Politik und des öffentlichen Lebens (siehe Tabelle 4).

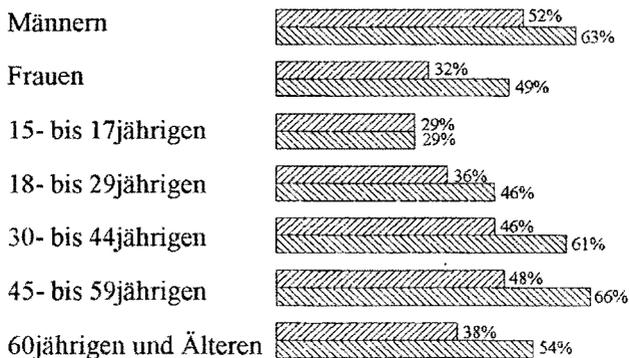
Tabelle 4:

»Interessieren Sie sich persönlich für die aktuellen Ereignisse der Politik und des öffentlichen Leben?« Auf diese Frage antworteten von je 100 Befragten

»Politik interessiert mich...



Ihr Interesse erklärten für »sehr stark« oder »stark« von je 100



Ähnliches findet die gesamtdeutsche Untersuchung »Deutsche Schüler« 1990 für Jugendliche (siehe ebenda S. 30ff.).

1992 ist nach Ergebnissen einer gesamtdeutschen Jugenduntersuchung der Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig e.V. der Anteil der (sehr stark oder stark) an Politik interessierten Jugendlichen in Ost und West gleich, wobei der Anteil der mehr oder weniger Desinteressierten bei den jungen Westdeutschen höher liegt (siehe Tabelle 5).

Hier werden deutliche Zusammenhänge sichtbar:

- höheres Politikinteresse mit höherem Jugendalter,
- höheres Politikinteresse bei höherem Bildungsstand,
- deutlich höheres Politikinteresse bei Jugendlichen, die sich selbst politisch ganz (bzw. eher) links oder rechts einordnen.

Nach der »Wende« ist auch das Bestreben junger Leute, sich politisch zu engagieren, drastisch zurückgegangen. Eine Untersuchung (Universität Leipzig/Laboratorium für Studentenforschung und Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung Leipzig) unter Jugendlichen der Stadt Leipzig (n = 1.630) 1991 fand dazu folgende Ergebnisse (siehe Tabelle 6 auf Seite 22).

Auf dem geringen Niveau ist die Bereitschaft zu politischem Engagement bei Studenten und jungen Erwerbstätigen beiderlei Geschlechts noch am höchsten und erschreckend niedrig bei Arbeitslosen.

Auch nach der »Wende« sind politische Interessen und Bereitschaft zu politischem Engagement bei weiblichen Jugendlichen stets geringer ausgeprägt als bei männlichen – trotz oder wegen ihrer stärkeren Betroffenheit von den gesellschaftlichen Veränderungen.

Diese Ergebnisse können keinesfalls nur der allgemein festgestellten Politik- und Parteienverdrossenheit einschließlich der höchsten Nichtwählerquoten bei den letzten Bundestags- und Landtagswahlen (siehe dazu DAS IST DER NEUE ADEL 1992) in der gesamten Bundesrepublik zugeschrieben werden. Auch wenn laut Infas (siehe DIESES LAND WIRD UNREGIERBAR 1992) 32 % der Westdeutschen und gar 43 % der Ostdeutschen 1992 angaben, sie wüßten nicht, ob oder was sie bei der nächsten Bundestagswahl wählen wollten, so gilt für die neuen Bundesländer vielmehr, was der westdeutsche Soziologe Schluchter – mit der Erneuerung der Leipziger Universität befaßt – so beobachtet: »Im Moment haben wir die Situation: Nach der großen Anstrengung, das alte SED-Regime basis-

Tabelle 5: Politikinteresse - %

1 sehr stark  
2 stark  
3 mittel  
4 kaum  
5 überhaupt nicht

	ostdeutsche Jugendliche					westdeutsche Jugendliche					kA					
	1	2	3	4	5	1	2	3	4	5						
gesamt	8	22	(30)	46	19	5	(24)	0	8	22	(30)	38	21	10	(31)	1
männlich	9	25	(34)	43	18	5	(23)	0	9	26	(35)	37	19	8	(27)	1
weiblich	7	18	(25)	50	19	5	(24)	1	7	18	(25)	39	24	11	(35)	1
15-17 Jahre	6	15	(21)	46	23	9	(32)	1	5	14	(19)	38	28	15	(43)	0
18-21	7	21	(28)	47	20	5	(25)	0	7	22	(29)	40	20	9	(29)	2
22-25	9	25	(34)	45	16	4	(20)	1	10	26	(36)	36	19	8	(27)	1
politische Selbsteinordnung:																
ganz links	21	34	(55)	33	9	2	(11)	1	18	20	(38)	29	21	10	(31)	2
eher links	7	25	(32)	49	15	3	(18)	1	10	30	(40)	37	16	6	(22)	1
Mitte	5	15	(20)	48	24	8	(32)	0	4	15	(19)	42	27	11	(38)	1
eher rechts	9	22	(31)	44	19	5	(24)	1	7	27	(34)	41	18	6	(24)	1
ganz rechts	16	23	(39)	34	16	11	(27)	0	9	21	(30)	39	20	11	(31)	0

Tabelle 6: »Bitte geben Sie an, wie wichtig Ihnen jedes der genannten Ziele in Ihrem Leben ist.«

»In meinem Leben möchte ich politisch engagiert sein.«

Das ist für mich 1 sehr wichtig ... 5 überhaupt nicht wichtig. – % auf n-kA

	1	2	3	4	5
gesamt	5	16	29	21	29
männlich	7	17	27	18	31
weiblich	4	14	31	24	27
Azubis					
männlich	6	12	31	17	34
weiblich	4	16	30	27	23
Schüler					
männlich	5	18	23	20	34
weiblich	2	10	28	24	36
Studenten					
männlich	9	35	22	20	14
weiblich	7	25	35	27	5
Werk tätige					
männlich	24	20	28	6	22
weiblich	10	23	27	18	22
Arbeitslose					
männlich	4	11	35	19	31
weiblich	1	9	37	23	30

demokratisch zu beseitigen, findet nun eine völlige Individualisierung statt. Die Leute sind wahnsinnig mit den unmittelbaren Problemen ihres Alltags beschäftigt. Sie haben sich noch stärker entpolitisiert, als es vorher durch das SED-Regime selbst erfolgt war. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß die Apathie, das Gefühl, ich kann nichts bewirken, nichts hat einen Sinn, sehr verbreitet ist. Im Grunde ist das nicht gut für die weitere Entwicklung. Es müßte eigentlich umgekehrt sein. Die Leute leben in dem Bewußtsein: Wir sind wieder nur Objekt des Prozesses. Dieses Mal ist er anonym, denn vorher ahnten sie ja, wer die Drahtzieher sind, heute nicht. Das westliche Parteien-

system ist einfach übernommen und auf den Osten übertragen worden. Da müssen die Leute doch das Gefühl haben, eigentlich sind das nicht unsere Institutionen. Wir sind nicht in dem Maße an ihnen beteiligt, daß unsere Interessen in den Vordergrund treten könnten.« (CHALUPSKY/ROTHMANN 1991. S. 238f.)

Spätestens hier wird deutlich, daß auch hinsichtlich politischer Einstellungen und Partizipation gilt: Die deutsche Vereinigung trifft die Ost- und Westdeutschen keinesfalls gleichermaßen in ihren Lebenszusammenhängen; während sie für die Westdeutschen relativ folgenlos bleibt, stellt sie für die Ostdeutschen tatsächlich ein prinzipielles »kritisches Lebensereignis« dar – insbesondere für Frauen.

Im o.g. Sinne ist gegenwärtig im individuellen Lebenszusammenhang der ostdeutschen Frauen eben (noch) nicht erfahr- und wahrnehmbar der Übergang »von einem Gesetzesstaat (mit einer ausgebauten politischen Justiz) zu einem Rechtsstaat mit öffentlich kontrollierbaren und kontrollierten Bürokratie und Transparenz des Staatshaushaltes« (JAIDE/HILLE 1990. S. 38). Wenn man bedenkt, daß die ostdeutschen Frauen nach ihren Erfahrungen mit den »neuen« staatlichen Institutionen, mit denen sie direkt und existentiell zu tun haben, eher frustriert sind und sich eher als ohnmächtiges Objekt fühlen, kann das nicht folgenlos bleiben für politische Haltungen. Dafür einige Aussagen von Frauen in narrativen Interviews 1992:

»Mein Mann ist im September 1991 gestorben, und ich habe gleich meine Witwenrente oder wie das jetzt heißt beantragt. Die Sache dauert bis jetzt schon 12 Monate, und ich weiß nicht, was ich machen soll bei meinen 470 Mark Rente und den inzwischen 320 Mark Miete. Meine Nichte hat mir gesagt, daß ich Wohngeld bekommen kann und sich auch drum gekümmert. Aber das dauert auch, weil die Wohnungsverwaltung ewig nicht bescheinigt, daß in meiner Wohnung eine Etagenheizung ist. In der DDR ging das mit der Rente alles viel schneller.« (Rentnerin, Witwe, 84 Jahre, Leipzig.)

»Ich kriege kein Kindergeld; daran bin ich sicher selber schuld, weil ich mit den Anträgen nicht zurechtkomme, weil ich die Fragen in den Formularen nicht richtig verstehe, und da komme ich mir dort so blöde vor. Früher habe ich das immer von meinem Betrieb mit dem Lohn bekommen und hatte nicht solche Scherereien und Komplexe.« (Arbeiterin, arbeitslos, 30 Jahre, geschieden, zwei Kinder, Taucha.)

Ja, das ist nämlich so, daß das Gericht von mir will, daß ich dem mitteile, wo mein Geschiedener wohnt und arbeitet. Woher soll ich das wissen? Früher hätten die den schon gefunden. Dann können die erst was machen wegen dem Unterhalt für die Kinder. Und die Sache, daß derweile der Staat dafür aufkommen kann, habe ich sowieso nicht verstanden, was da so alles dranhängt.« (Facharbeiterin für Schreibtechnik, in Umschulung, 35 Jahre, seit 10 Jahren geschieden, Leipzig.)

Insofern werden die notwendigen strukturellen Veränderungen subjektiv eher erlebt als Veränderung *von einer quasi sozial-diktatorischen Verordnungs- zu einer schwer durchschaubaren Antragsgesellschaft*.

### 3.2. Zur weltanschaulichen Position

Für die DDR darf gelten – das bedarf hier sicher keiner weiteren Ausführungen –, daß die weltanschauliche Position (Atheismus – Religion) zu den politischen Haltungen im weiteren Sinne zu rechnen ist, darüber hinaus das religiöse Bekenntnis bekanntlich auch einen Zusammenhang beispielsweise zum Wahlverhalten hat (siehe OTTEN 1990). Diese Positionen sind für Jugendliche kontinuierlich vom ZIJ empirisch untersucht worden mit folgenden zusammengefaßten Ergebnissen (siehe FRIEDRICH 1990; LANGE, G. 1991):

– Nach einer deutlichen Säkularisierung in der DDR in den 50er und 60er Jahren bezeichnen sich in Untersuchungen seit 1970 zwischen 60 und 85 % der Jugendlichen als atheistisch, zwischen 5 und 16 % als religiös, zwischen 10 und 30 % als in dieser Frage unentschieden.

– Differenzierungen zeigen sich in Abhängigkeit vom Bildungsstand (Studenten eher Atheisten) und vom Geschlecht (weibliche Jugendliche tendenziell eher religiös). Letzteres führt SIVÁK (1982) in der sozialistischen Gesellschaft zurück auf die Funktion der Religion für Unterdrückte und Hilflose.

– Diese weltanschaulichen Grundpositionen verändern sich seit dem frühen Jugendalter in der Biographie kaum; auch in historischer Perspektive (1970-1989) gibt es hierin keine nennenswerten Veränderungen; siehe Tabelle 7.

Tabelle 7: Entwicklung weltanschaulicher Positionen Jugendlicher in der DDR 1970-1984  
 »Wie schätzen Sie sich selbst ein« – % (nach ROSKI 1991, S. 17f.)

Ich bin	überzeugter Atheist		überzeugt von einer Religion		bei dieser Frage noch unentschieden	
	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.
gesamt:						
1970	71	68	6	7	23	25
1975	70	74	10	9	20	17
1979	61	67	9	9	30	24
1983	69	71	10	8	21	21
1984	59	70	8	9	33	21
junge Arbeiter						
1970	64	65	4	5	32	30
1975	65	73	11	9	24	18
1979	59	65	8	9	33	26
1984	57	71	7	8	36	21
Lehrlinge						
1970	72	63	5	7	23	30
1975	65	73	11	11	24	16
1979	54	70	13	8	33	22
1983	63	68	9	8	28	24
1984	55	65	10	11	35	24

Jugendliche in Ost- und Westdeutschland unterscheiden sich hinsichtlich Religiosität ganz wesentlich. So antworten 1990 in der Untersuchung »Deutsche Schüler« (15-16jährige Schüler/innen) auf die Frage »Glaubst Du an Gott?« mit »ja« 16,2 % in der DDR und 55,9 % in der BRD, mit »nein« 53,9 % in der DDR und 20 % in der BRD (siehe ebenda, Tabellenanhang S. 13). Auch die »Spiegel«-Studie (ebenda S. 73) kommt für die Gesamtbevölkerung in je Ost- und Westdeutschland zu ähnlichen Ergebnissen.

Dies findet sich auch wieder im sehr unterschiedlichen Zugehörigkeitsgrad zu Religionsgemeinschaften (siehe OTTEN S. 45). Eine Leipziger Untersuchung des Amtes für Statistik und Wahlen fand drei Jahre nach der »Wende« (1992) einen leichten Anstieg der religiös Gebundenen. Von den 4.000 befragten Leipzigern haben – bei hoher Antwortverweigerung von 13 % – 18 % angegeben, daß sie Mitglied einer Kirche oder Religionsgemeinschaft sind. Unter den Religiösen sind die über 65jährigen wesentlich stärker und die 25- bis 34jährigen wesentlich schwächer als bei den Nichtreligiösen

sowie Frauen (62 %) häufiger als Männer (38 %) vertreten. Interessant ist jedoch eine Differenzierung nach dem Bildungsstand: Der Anteil der Hoch- und Fachschulabsolventen beträgt bei den Religiösen 35 %, bei den Nichtreligiösen nur 26 % (siehe »Leipziger Volkszeitung« vom 17. September 1992).

Da es sich bei Atheismus versus Religiosität über Jahrzehnte um relativ stabile unterschiedliche Haltungen der Ost- und Westdeutschen handelt und dies verbreitete kulturelle Unterschiede (Taufe, Jugendweihe/Konfirmation, Eheschließung usw.) induziert, ist interessant, ob und in welche Richtung sich diese deutsch-deutschen Unterschiede entwickeln werden.

### **3.3. Positionen zur globalen Perspektive des Sozialismus und zum Staat DDR**

Eine völlig andere Entwicklung als die weltanschaulichen Positionen nahmen in der DDR Überzeugungen von einem eigenständigen sozialistischen Weg/zur historischen Perspektive des Sozialismus und die Einstellungen zum eigenen Staat. Bis zu Beginn der 80er Jahre belegen empirische Untersuchungen eine hohe Identität – besonders der Jugend, innerhalb derer wiederum der weiblichen – mit dem Staat DDR sowie eine weite Verbreitung der Überzeugung von der Überlegenheit des Sozialismus und seiner globalen Perspektive (siehe FRIEDRICH 1990; FÖRSTER 1991; GENSICKE 1992. S. 38ff.). Es ist insofern nicht richtig, für den gesamten Zeitraum der Existenz der DDR von einer prinzipiell »nicht identifikationsfähigen DDR-Staatlichkeit« (JAIDE/HILLE S. 38ff.) auszugehen. Für (und besonders) die 70er Jahre sind dafür sicher verantwortlich: der bescheidene ökonomische Aufschwung und relativ wachsende Wohlstand – bei weitgehend fehlendem entsprechendem Vergleich mit dem Westen und möglichem mit den osteuropäischen Ländern, die internationale Anerkennung und Friedenspolitik der DDR, die Entwicklung ihrer Sozialpolitik, aber ganz besonders die Ausstrahlung, die von der *Idee* des Sozialismus ausging. Auf der Hand liegt der Zusammenhang zwischen subjektiver DDR-Identität und Sozialismusperspektive und der drastische Rückgang beider gleichzeitig.

Tabellc 8: DDR-Verbundenheit 1970 - 1983 »Ich bin stolz, ein Bürger unseres sozialistischen Staates zu sein.« – % (nach ROSKI 1985. S. 5 und 9f.)

Das trifft zu:		vollkommen		mit gewissen Einschränkungen		kaum / überhaupt nicht	
	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.	
gesamt							
1970	48	36	46	53	6	11	
1975	66	53	32	42	2	5	
1979	45	37	48	53	7	10	
1983	56	45	41	46	3	9	
junge Arbeiter							
1970	42	31	51	54	7	15	
1975	61	48	36	46	3	6	
1979	47	34	47	55	6	11	
1983	56	31	40	50	4	9	
Lehrlinge							
1970	50	34	45	55	5	11	
1975	64	53	33	41	3	6	
1979	51	39	45	52	4	9	
1983	51	40	46	47	3	13	

Signifikant ist die höhere Identifikation der weiblichen Jugendlichen mit ihrem Staat (8 bis 16 % über den männlichen in der Antwortposition 1) – und zwar auch in demographischen Teilpopulationen. Auf den hohen Zusammenhang der weiblichen DDR-Identifikation mit der hohen Akzeptanz der staatlichen Familien- und Frauenpolitik ist bereits oben hingewiesen worden. An dieser Stelle soll dies nur betont werden angesichts des evidenten Anstiegs der Antwortposition 1 »vollkommen« im Jahr 1975 – spannenderweise bei beiden Geschlechtern: Im Juli 1972 traten in der DDR das Gesetz über die Unterbrechung der Schwangerschaft in Kraft, eine Erhöhung der staatlichen Geburtenbeihilfe auf 1000 Mark, die Verlängerung des bezahlten Wochenurlaubs von 14 auf 18 Wochen, der zinslose Ehekredit für Jugendliche bis 26 Jahre, die Einführung der 40-Stunden-Woche für Mütter mit 3 und mehr Kindern bis zu 16 Jahren, eine teilweise Erhöhung des jährlichen Mindesturlaubs.

Nur wenige Monate vor der absehbaren deutschen Vereinigung steigt – bei nachgerade extremen Geschlechtsunterschieden – sozusagen in nostal-

gischer Wertschätzung und unter Verlustängsten die weibliche DDR-Identität in einem vergleichbaren Indikator noch einmal sprunghaft an.

Tabelle 9: »Ich fühle mich als DDR-Bürger.« 1 vollkommen ...4 absolut nicht  
n = 1300, Juni 1990 – % (SCHLEGEL 1991. S.172)

	1		2		3		4	
	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.
gesamt	51	37	28	30	12	17	9	16
15-24 J.	52	27	29	43	13	19	6	11

Auch der Zusammenhang zwischen DDR-Identifikation und dem Glauben an die globale Perspektive des Sozialismus ist ganz evident zum Untersuchungszeitpunkt 1975, dem Boom sozialpolitischer Maßnahmen – vergleiche die Tabellen 8 und 10.

Gegen Mitte der 80er Jahre wurden ökonomische wie politische Probleme der DDR evident: stagnierender Lebensstandard, Versorgungsprobleme, Rigidität gegen Andersdenkende und restriktive Informationspolitik. Die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit öffnete sich.

So trafen Gorbatschows Perestroika- und Reformpläne 1985 in der DDR auf fruchtbaren Boden. Mit Blick auf den »großen Bruder« kamen politische Hoffnungen auf, doch bald die Ernüchterung. Bestimmte Ereignisse und die Reaktionen der Bevölkerung darauf machten deutlich, daß einerseits die DDR-Partei- und Staatsführung diesem sowjetischen Reformkurs nicht gewillt war zu folgen, andererseits die Bevölkerung nicht mehr bereit war, Restriktionen kritiklos hinzunehmen: die Auszeichnung Ceausescus durch Honecker, die offizielle Bewertung der »chinesischen Ereignisse« in den DDR-Massenmedien, das Verbot des sowjetischen Readers »Sputnik« im Herbst 1988.

Die Identifikation mit der DDR und die Sicht auf die globale Perspektive des Sozialismus erleben ab Mitte der 80er Jahre einen Erdrutsch (siehe Tabelle 11 auf Seite 29).

Tabelle 10: Überzeugung von der globalen Perspektive des Sozialismus 1970-1984  
 »Die sozialistische Gesellschaftsordnung wird sich in der ganzen Welt durchsetzen.« (Statement bis 1981 eingesetzt). – »Der Sozialismus ist weltweit im Vormarsch trotz zeitweiliger Rückschläge in einzelnen Ländern.« (Statement ab 1983 eingesetzt) – % (nach ROSKI 1985. S. 9/10)

Das ist meine Meinung ...	vollkommen		mit gewissen Einschränkungen		kaum/ überhaupt nicht	
	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.
gesamt						
1970	48	51	37	32	15	17
1975	64	66	29	27	7	7
1979	42	45	42	38	16	17
1983	57	52	39	40	4	8
1984	50	45	45	44	5	11
junge Arbeiter						
1970	32	38	46	36	22	26
1975	52	57	38	34	10	9
1979	38	40	44	42	18	18
1983	45	45	52	45	3	10
1984	46	42	49	45	5	13
Lehrlinge						
1970	47	45	36	36	17	19
1975	60	66	32	25	8	9
1979	49	56	42	29	9	15
1983	52	36	45	49	3	15
1984	51	47	41	44	8	9

Tabelle 11: Historische Perspektive des Sozialismus und DDR-Identifikation 1983-1989 – % (nach: FRIEDRICH 1990. S.29/30)

	1983	Lehrlinge	junge Arbeiter	Studenten
Der Sozialismus wird sich in der ganzen Welt durchsetzen.	1983			68
	1984	50	44	
Das ist vollkommen meine Meinung.	Mai 1988	10		15
	Okt.1988	3	6	
Ich bin stolz, ein Bürger unseres sozialistischen Staates zu sein.	1985	51	57	70
	1986	48	46	68
Ich fühle mich mit der DDR verbunden.	Mai 1988	28	32	52
	Okt.1988	18	19	
Positionen: stark /sehr stark	Febr.1989			34

### 3.4. Positionen zur deutschen Vereinigung

Auf dem Hintergrund der politischen Sozialisation in der DDR, den weltanschaulichen Positionen sowie den Haltungen zur DDR und dem Sozialismus unter den ostdeutschen Frauen kann es eigentlich nicht verwundern, wie sich zunächst während der »Wende« prospektive Haltungen zur deutschen Vereinigung und drei Jahre nach der »Wende« retrospektive Einschätzungen der DDR entwickelten.

Bereits 1990 vor der Vereinigung reflektierten Frauen – insbesondere junge – sehr bewußt, daß sie von den tiefgreifenden gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Folgen in besonderem Maße betroffen würden. Sie sahen vor allem – bei deren hohem Stellenwert im individuellen Lebensentwurf – ihre Erwerbstätigkeit per se gefährdet, aber auch deren konkrete soziale Voraussetzungen (Krippen- und Kindergarteneinrichtungen, Feriengestaltung für die Kinder usw.). Darüber hinaus fürchteten sie zu Recht, daß künftig bestimmte, für sie relevante juristische und sozialpolitische Regelungen aus der DDR (z.B. das Gesetz über den Schwangerschaftsabbruch) auf der Strecke bleiben würden. Auf ihre extrem hohe DDR-Verbundenheit zu diesem Zeitpunkt wurde schon verwiesen (siehe Tabelle 9).

Insgesamt waren insofern 1990 die psychosozialen Befindlichkeiten und die prospektiven Sichten weiblicher Jugendlicher deutlich skeptischer, pessimistischer und mit größeren Ängsten besetzt als die der Männer (ausführlicher dazu siehe SCHLEGEL 1991b, S. 200ff.).

Zwei Jahre später werden in einer gesamtdeutschen repräsentativen Jugenduntersuchung die ostdeutschen weiblichen Jugendlichen retrospektiv diese ihre Befürchtungen und Ängste auch mehr als männliche bestätigt finden (siehe Tabelle 12).

Interessant ist die Entwicklung vom November 1989 bis August 1990 bezüglich der Einstellung zur Vereinigung von DDR und BRD sowie deren Tempo. Im November 1989 war fast die Hälfte der DDR-Bevölkerung für die Vereinigung (sehr dafür/eher dafür als dagegen), bis August 1990 wurden es neun Zehntel. In diesem Zeitraum – bei anfangs keinen Unterschieden zwischen den Geschlechtern – wuchs stetig die Geschlechtsdifferenz an, indem Frauen relativ zurückhaltender urteilten als Männer.

Tabelle 12: Häufigkeit von Sachverhalten, die Schüler und Lehrlinge als negative Veränderungen seit der »Wende« angeben – Mehrfachnennungen – %  
(nach SCHUBARTH, W./W. FRIEDRICH 1991 – n über 4300)

	gesamt	männl.	weibl.
Arbeitslosigkeit und ihre Folgen	53	48	58
Kriminalität und Gewalt	32	26	38
Verteuerung des Lebens, finanzielle Lage	30	30	30
Schwierigkeiten in der Ausbildung	19	16	21
Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit	18	13	22
Ausbreitung der Ellenbogengesellschaft und der Macht des Geldes	17	15	19
Wohnungsnot	16	14	17
Auftreten der Westdeutschen, Art und Weise der Vereinigung	14	12	15
Alkohol, Drogen	14	9	18
soziale Unsicherheit, Zukunftsangst, Orientierungslosigkeit	12	9	16

Das gilt auch sinngemäß für die Einschätzung des Tempos der deutschen Vereinigung. Ganz offensichtlich widerspiegelt dies, daß Frauen bei der Vereinigung mehr zu verlieren glaubten (siehe Tabellen 13 und 14).

Extrem große Geschlechtsunterschiede in den Einstellungen zur Vereinigung finden sich bei der lernenden Jugend (Schüler, Lehrlinge und Studenten). Erwartungsgemäß ist die Einstellung zur deutschen Vereinigung aber deutlich abhängig vom politischen Standort: CDU- und DSU-Wähler sind

Tabelle 13: Haltung zur Vereinigung von DDR und BRD. »Wie stehen Sie zu einer Vereinigung von DDR und BRD?«

1 sehr dafür ... 4 sehr dagegen – % (SCHLEGEL 1991a. S. 175)

	1		2		3		4	
	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.	wbl.	ml.
November 1989	15	16	33	28	25	31	27	25
Februar 1990	37	44	39	38	16	14	8	4
März 1990	38	49	42	39	16	10	4	2
April 1990	41	58	39	34	16	7	4	1
Juni 1990	42	56	39	31	17	10	2	3
August 1990	49	65	39	28	11	6	1	1

Tabelle 14: Haltung zum Tempo der Vereinigung

(1 zu langsam, 2 zu schnell, 3 gerade richtig, 4 keine Meinung) – %

	zu langsam	zu schnell
gesamt Juni 1990	11	53
15-24 J.	10	50
15-24 J. weiblich	5	57
15-24 J. männlich	14	47
gesamt August 1990		
weiblich	27	46
männlich	27	39
lernende Jugend		
weiblich	15	38
männlich	54	38

(mit 99 und 94 %) die größten Befürworter (sehr dafür/dafür), PDS-Wähler die relativ stärksten Gegner (39 % dagegen/sehr dagegen).

Der mögliche rasche Wandel von Haltungen und Geschlechtsunterschieden schlug sich bereits während der »Wende«, in den bekannten Leipziger Montagsdemonstrationen, nieder. Die »friedliche Revolution« begann dort Anfang September 1989 mit einigen hundert sehr Mutigen und entwickelte sich ungeheuer schnell zu einer politischen Institution, an der sich zunehmend Entscheidungen von Staat und SED zu orientieren gezwungen waren. Anfangs charakterisierten ganz bestimmte Losungen und Sprechchöre den Willen und die Intentionen der Demonstranten: »Wir bleiben hier!«, »Wir

sind das Volk!«, »Keine Experimente mehr!«, »Wir wollen Reformen!«, »Gorbi, Gorbi!«, »Pressefreiheit!« (ausführlicher dazu siehe LEIPZIGER DEMONTAGEBUCH 1990).

Später wandten sich die Demonstrationen massiv gegen den Führungsanspruch der SED und für freie Wahlen, dazu trat neu die Forderung der Frauen auf stärkeres Mitspracherecht. Mit der Öffnung der deutsch-deutschen Grenze änderten sich in den Montags-Demos nach dem 9. November 1989 sowohl Inhalte als auch Stil der Forderungen, z.B. zunehmende Thematisierung einer deutschen (Wieder-) Vereinigung – wenn auch nicht so hypertroph und ausschließlich, wie von den Massenmedien induziert – und zunehmende aggressiv auftretende, kleine Gruppen mit ihren lautstarken Interessenansprüchen. Dies führte zum Rückzug vieler »Demonstranten der ersten Stunde« aus den Montagsdemos – insbesondere der Frauen und der Intellektuellen – und zu einem höheren Anteil Jugendlicher, wie eine Studie von MÜHLER/WILSDORF belegt (5000 Fragebogen zwischen Oktober 1989 und Februar 1990 unter Teilnehmern an den Leipziger Montagsdemonstrationen – siehe MÜHLER/WILSDORF 1991).

Tabelle 15: Teilnehmer an den Leipziger Montagsdemos (nach MÜHLER/WILSDORF 1991, S. 40 und 43) – %

	13.11.89	11.12.89	16.1.90	12.2.90
Frauen	39	29	23	28
Männer	61	71	77	72
Arbeiter	26	24	36	32
Intelligenz	33	26	17	18
unter 18 Jahre	8	9	6	12
20-30 J.	20	30	24	27
40-50 J.	29	22	25	19
Sympathien für »Neues Forum«	70	54	64	47

In der folgenden Entwicklung von der Bürgerbewegung zu politischen Parteien – insbesondere beim »Neuen Forum« – wird u.E. ein typischer Prozeß deutlich: von der unmittelbaren basisdemokratischen politischen

Aktion zum Mißtrauen bzw. Pragmatismus hinsichtlich Parteipräferenzen; dies gilt offenbar in erster Linie für Frauen.

Vom Herbst 1989 bis ins Frühjahr 1990 kann – im Zusammenhang mit der Entstehung der Bürgerbewegungen in der DDR – auch von der Entstehung einer Frauenbewegung als eigenständige politische Bewegung mit eigener Programmatik gesprochen werden. Öffentlich werden erstmals tabuisierte Probleme thematisiert:

- strukturelle Benachteiligung der Frauen in der Erwerbstätigkeit,
- Ausschluß der Frauen aus den Zentren der politischen Willensbildung und Macht,
- Sexismus/Gewalt gegen Frauen/Kinder,
- Feminismus der Armut (siehe MALECK-LEWY 1991, S. 127ff.).

Damit tun Frauen massenhaft den Schritt von der individuell wahrgenommenen und interpretierten Problemsicht zur Verallgemeinerung.

Am 3. Dezember 1989 wird in Berlin der Unabhängige Frauenverband (UFV) als überparteiliche Organisation gegründet und ein Manifest verabschiedet. Frauen drängen an den Zentralen Runden Tisch und an die Runden Tische der Stadtparlamente und artikulieren ihre Forderungen. Später werden – nicht zufällig im Zuge der Institutionalisierung – beim rasanten Tempo der politischen Entwicklung die Frauen und der UFV mehr oder weniger auf der Strecke bleiben, wie das paradigmatisch bei der Bundestagswahl Schlagzeilen machte. Die Parlamentslandschaft, ihre Mechanismen, Strukturen, frauenpolitischen Gliederungen müssen erst ausgelotet und begriffen werden.

Als dann im Einigungsvertrag festgelegt wurde »Belange von Frauen und Behinderten werden berücksichtigt«, empfanden sich ostdeutsche Frauen als sozialen Sonderfall definiert – und das durchaus nicht im positiven Sinne.

Die *retrospektive Einschätzung des politischen Systems der DDR* enthält (nach dem »Ostdeutschland-Report« von INFAS 1992, n = 2000) zwar starke moralische Entrüstung über seine Mißstände (Stasi, Mißbrauch der Macht, fehlende Reise- und Pressefreiheit, wirtschaftliches Versagen sowie Unterdrückung politischer Gegner), die zum Teil in diesem Ausmaß vorher nicht bekannt waren, aber nicht etwa gleichzeitig eine prinzipielle Abwendung von ihm. Die Gründe für diese ausbleibende Abwendung sind u.E. nicht nur darauf zu reduzieren, daß Systemvergleiche in der DDR informa-

tionspolitisch unterdrückt bzw. entstellt dargestellt worden sind oder daß es den Ostdeutschen an rationaler Durchdringung und kognitiver Kompetenz fehle (JAIDE/HILLE 1990. S. 45-47). Vielmehr werden die Vorteile des früheren Systems auch drei Jahre nach der »Wende« noch gesehen, und nicht zufällig empfanden (nach den Rangplätzen: soziale Sicherung, Recht auf Arbeit, wenig Kriminalität, Abfallverwertung) 57 % die Gleichberechtigung der Frau als früher besser gewährleistet. Für Überraschung sorgte im Ergebnis dieses Reports, daß immerhin 74 % der Ostdeutschen »voll und ganz« bzw. »überwiegend« dem Statement zustimmten »Der Sozialismus als Idee ist gut, die Umsetzung war schlecht.«

Auch in der »Spiegel«-Untersuchung (DAS PROFIL DER DEUTSCHEN 1991. S.46), die u.a. auch die Ost- und Westdeutschen nach der Überlegenheit je ihres Staates auf 11 vorgegebenen Gebieten fragte, sahen – die Westdeutschen sahen ihren Staat auf allen Gebieten mehr oder weniger als überlegen an – 67 % der Ostdeutschen die Gleichberechtigung der Frau als *das* Überlegenheitsmerkmal der DDR, danach erst 65 % soziale Sicherheit und 62 % Schutz gegen Verbrechen. Als die Deutsche SHELL AG ihre gesamtdeutsche Jugendstudie (Juni/Juli 1991, n = 4005 Jugendliche zwischen 13 und 19 Jahren – siehe JUGEND '92) öffentlich vorstellte, lösten Ergebnisse zum Rückblick ostdeutscher Jugendlicher auf die DDR die stärkste Verwunderung und lautes Erstaunen aus.

Anderthalb Jahre nach der deutschen Vereinigung (»Ostdeutsche Jugend '92« April 1992 – repräsentativ für die Jugend Sachsens) relativieren sich – nach hoher Zustimmung vor und euphorischer Stimmung während der Vereinigung – die Urteile über die Einheit deutlich: Bei der Hälfte der Jugendlichen hat die Freude über die Einheit Deutschlands angehalten, allerdings drastisch differenziert nach dem eigenen politischen Standort, aber auch deutlich differenziert nach Geschlecht und wirtschaftlicher Lage der Familie/eigener Arbeitslosigkeit (siehe Tabelle 16).

Bei den Mädchen setzt sich damit die schon vor der Vereinigung konstatierte Tendenz fort, daß sie der deutschen Einheit weniger positiv gegenüberstehen als die männlichen Jugendlichen.

Natürlich schlägt sich dies auch – nach ersten widersprüchlichen Erfahrungen mit dem neuen Staat – in unterschiedlicher Zufriedenheit mit dem politischen System nieder: Im April 1992 sind rund 40 % der jungen Sachsen

Tabelle 16: Einstellung zur deutschen Vereinigung im April 1992 - »Ich freue mich, daß die Einheit Deutschlands hergestellt ist.« - %  
 1 sehr stark, 2 stark, 3 teils-teils, 4 kaum, 5 überhaupt nicht  
 (nach OSTDEUTSCHE JUGEND '92)

	1	2	(1+2)	3	4	5
14-25 J. gesamt	25	28	(53)	42	3	2
weiblich	17	26	(43)	50	5	2
männlich	34	30	(64)	33	2	1
Erwerbstätige	27	30	(57)	39	4	0
Arbeitslose	13	15	(28)	67	3	2
Schüler und Lehrlinge						
nach Rechts-Links-Position:						
links	1	6	(7)	40	31	22
eher links	12	22	(34)	53	11	2
weder links noch rechts	23	30	(53)	44	2	1
eher rechts	48	27	(75)	23	2	0
rechts	60	24	(84)	16	0	0
Zufriedenheit mit der wirtschaftlichen Lage der Familie:						
zufrieden	34	26	(60)	34	4	2
eher zufrieden	21	27	(48)	45	5	2
eher unzufrieden	18	25	(43)	45	9	3
unzufrieden	17	15	(32)	53	7	8

mit dem politischen System zufrieden, weibliche Jugendliche dabei deutlich weniger (32 %) – ihre große Mehrheit ist weniger zufrieden/unzufrieden.

Wenn man bedenkt, daß ost- und westdeutsche Jugendliche in der letzten Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit (siehe DEUTSCHE SCHÜLER 1990. Tabellenanhang S. 7 – Juni/Juli 1990) sehr unterschiedlich mit dem politischen System in je ihrem Lande zufrieden waren (sehr/eher zufrieden – DDR: 46 %, BRD: 79 %) und es damals Prognosen gab, daß insbesondere die Jugend nach den Enttäuschungen mit der DDR-Staatlichkeit die neue Ordnung relativ schnell annehmen wird, so scheint sich letzteres – bisher und vorläufig – nicht (vor allem nicht bei weiblichen Jugendlichen) zu bestätigen.

Dies hat sicher nicht zuletzt seine Gründe darin, daß sich einerseits weibliches und männliches Demokratie-Verständnis einzig – aber deutlich –

darin unterscheidet (HOFFMANN-LANGE in DEUTSCHE SCHÜLER 1990. S. 30ff. und Tabellenanhang S.23), daß Mädchen sowohl in der DDR als auch in der BRD die Gleichberechtigung der Frau für eine unverzichtbare Voraussetzung für eine Demokratie halten, diese aber in je ihrem eigenen Lande für drastisch besser realisiert sahen (siehe SPIEGEL-SPEZIAL S.46), und andererseits die weiblichen Jugendlichen in den neuen Bundesländern inzwischen erfahren haben, daß Frauen erwartungsgemäß die größeren Probleme haben beim Übergang in das neue politische und ökonomische System (höhere Arbeitslosigkeit, gesellschaftliche Kinderbetreuung usw.). Insofern konnten sie subjektiv diesen Übergang gar nicht erleben und wahrnehmen als einen von »nur formeller Sicherheit irgendeines Arbeitsplatzes – zu einer marktwirtschaftlichen Wettbewerbs- und Arbeitsmarktstruktur mit persönlichen Entscheidungsfreiräumen und formierten Interessenvertretungen (einschließlich eines hochentwickelten Arbeits- und Betriebsverfassungsrechts)« (JAIDE/HILLE 1990. S.38), sondern mußten sich eher als betroffenes Objekt dieses Prozesses empfinden. Die meisten Jugendlichen hatten auf die deutsche Einheit große Hoffnungen gesetzt, insbesondere (sicher auch idealisierte) auf Demokratie und persönliche Entscheidungsfreiräume, und wurden dann zunächst mit den negativen Seiten des neuen politischen Systems konfrontiert, so daß Enttäuschungen nicht ausbleiben konnten.

In diesem Zusammenhang ist auch das eher anwachsende Selbstverständnis als »Deutscher zweiter Klasse« zu sehen, wozu auch ein zunehmendes Mißtrauen gegen die »übernommenen« Parteien und staatlichen Institutionen gehört.

Bereits im Juni/Juli 1991 stellt das Bielefelder Emnid-Institut (im Auftrag des »Spiegel«) seit dem Herbst 1990 eine Zunahme negativer Urteile bzw. Vorurteile und des Fremderwerdens der Ost- und Westdeutschen über- und zueinander fest (NUR NOCH SO BELIEBT WIE DIE RUSSEN 1991), wozu Ergebnisse der Tübinger Wickert-Institute eine wichtige Determinante hinsichtlich der westdeutschen Haltungen lieferten: Nur 18 % von ihnen hatten bis dahin direkten Kontakt zu ihren neuen Landsleuten im Osten; die umgekehrten Kontakte sind gut bekannt.

Historisch beigetragen dazu auf beiden Seiten hat eine jahrzehntelange politische (schulische) Bildung mit je ihrer Legitimations- und Loyalitäts-

funktion für das eigene politische System (zur westdeutschen siehe ACKERMANN 1989).

Bei den Ostdeutschen muß für das zunehmende Gefühl, Deutscher zweiter Klasse zu sein, als intervenierende Variable berücksichtigt werden, daß sie offenbar – auf dem Hintergrund ihrer Sozialisation – soziale Ungleichheit insgesamt kritischer beurteilen und egalitärer eingestellt sind als Westdeutsche, so daß sie »Benachteiligungen« noch schärfer reflektieren. (Auf einer Skala von 0 bis 18 – von kritisch-egalitär bis affirmativ-legitimierend – wurde auf der Grundlage von ALLBUS-Daten vom Mai-Juli 1991 für die Ostdeutschen ein Indexwert von 6,5, für die Westdeutschen von 8,2 errechnet – siehe NOLL/SCHUSTER 1992.) Um wieviel kritischer sehen sich in diesem Kontext die ostdeutschen Frauen!

Bei den »Schwestern« in Ost und West kommen Mißverständnisse und Informationsdefizite hinzu auf dem Hintergrund einer ausschließlich westdeutschen Geschichte einer Frauenbewegung. Viele westdeutsche Frauen hielten die sozialen Bedingungen in der DDR für Frauen für fast ideal und übersahen subtile Diskriminierungsmechanismen und Vereinbarkeitsprobleme bei den DDR-Frauen; ostdeutsche Frauen beobachteten – wenn überhaupt – die Aktivitäten der westdeutschen Frauenbewegung eher mit Skepsis, zumal sie in sich sehr heterogen war, punktuell bis hin zu aggressiver Männerfeindlichkeit und weiblichem Körperkult, und letzteres wurde in der DDR noch propagandistisch genutzt.

Auch das traditionell eher distanzierte Verhältnis der DDR-Frauen zur »Quotenregelung« (flankiert von einem wenig entwickelten Bewußtsein eigener subtiler Diskriminierung) hat sich mit der »Wende« nicht radikal verändert. In der Studie »Frauen in Leipzig« (1990, n = rund 400) urteilen z.B. über das Statement »Es sollte in allen gesellschaftlichen Bereichen bei Leitungsfunktionen eine Quotenregelung geben (gleichberechtigter Anteil von Frauen und Männern)«: 55 % der Frauen mit »ja«, 28 % mit »nein«, und 17 % haben »keine Meinung« (MEINECKE/GABRIEL 1991. S. 25). Das muß die westdeutsche Frauenbewegung, die sich sicher ohnehin von der deutschen Vereinigung und den ostdeutschen Frauen Verstärkung erwartet hatte, eher als Rückschlag empfunden haben.

### 3.5. Positionen im Links-Rechts-Spektrum und in außerparlamentarischen Bewegungen

Vor 1989 spielte in der DDR die eigene Standortbestimmung im Links-Rechts-Spektrum kaum eine Rolle (wiewohl sich um 1980 im Zusammenhang mit dem Skinhead-Phänomen eine rechte Jugendszene zu entwickeln begann, die aber erstmals 1988 durch die Jugendforschung untersucht werden durfte – vorher war das ein Tabu-Thema; siehe SCHUBARTH 1991), und das Wahlverhalten bzw. Parteipräferenzen wie Mitgliedschaft in Parteien/Organisationen waren bekanntlich nicht geeignet, eine solche vorzunehmen. Seit der »Wende« läßt sich die politische Grundhaltung des Ostdeutschen gut ermitteln anhand der Selbsteinordnung im politischen Links-Rechts-Spektrum, aber auch mittels Parteipräferenzen und Sympathien für bestimmte politische Gruppen. Dies ist in verschiedenen Untersuchungen seitdem getan worden, besonders differenziert in der Studie »Ostdeutsche Jugend. Ihr Verhältnis zu Ausländern und zu einigen politischen Problemen« der Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig (FRIEDRICH, W./W. NETZKER, W. SCHUBARTH 1990 – Sachsen n = 1624 Jugendliche) sowie in ihrer repräsentativen Jugendstudie im Juni 1991 (SCHUBARTH, W./W. FRIEDRICH 1991 – n = über 4300), auf die wir uns im folgenden beziehen. Zunächst zeigen sich in deren Ergebnissen Abhängigkeiten der Links-Rechts-Positionen von der sozialen Herkunft und vom lokalen Milieu (bei Links-Positionen dazu noch vom eigenen Bildungsstand): Kinder von Vätern mit Hochschulabschluß vertreten beispielsweise mehr als doppelt so häufig linke Positionen, und Jugendliche aus größeren Städten sind häufiger linksorientiert, aus Orten unter 2000 Einwohnern eher rechtsorientiert.

Ganz deutliche Unterschiede bestehen zwischen den Geschlechtergruppen, indem sich weibliche Jugendliche viel häufiger politisch links einordnen, und zwar in allen Teilpopulationen. Die Geschlechterzugehörigkeit überlagert bei den Links-Rechts-Positionen demnach noch den Bildungsstand, die soziale Herkunft und andere Faktoren, wobei die Geschlechterdifferenzen bei Student(inn)en, Gymnasiast(inn)en und Erwerbstätigen besonders groß sind. (Extremwerte bei den Linksorientierten: Studentinnen 55 %/männliche Lehrlinge 10 %, bei den Rechtsorientierten: männliche Lehrlinge 39 %/Studentinnen 9 %). Auf der Position »Das weiß ich (noch) nicht« – mit etwa

20 % der Untersuchten bei großer Streuung – ordnen sich weibliche Jugendliche häufiger ein als männliche.

Wir sind uns allerdings nicht im klaren, ob Ost- und Westdeutsche gegenwärtig wirklich dasselbe meinen mit einer politischen Links-Rechts-Einordnung, auch wenn sich weibliche Jugendliche in Westdeutschland (z.B. DEUTSCHE SCHÜLER 1990. S.65 und Tabellenband S.86) ebenfalls eher links sehen als männliche Gleichaltrige. Auf dem Hintergrund der BRD-Sozialisation kann zumindest angenommen werden, daß Ostdeutsche »links« subjektiv konnotieren vor allem mit Progression, Emanzipation, Solidarität, Humanität und den Aspekt des kritischen Infragestellens bestehender gesellschaftlicher und politischer Verhältnisse einschließen, »rechts« eher mit Konservativität, Patriarchat, Hierarchie, ausgeprägtem Nationalbewußtsein und Festhalten an den gesellschaftlichen Verhältnissen.

Tabelle 17: Positionierung auf einer Links-Rechts-Skala: »Über Jahrzehnte hat es sich eingebürgert, bei politischen Standortbestimmungen zwischen »rechts« und »links« zu unterscheiden. Wie würden Sie sich einordnen?« (n über 4300, SCHUBARTH, W./W. FRIEDRICH 1991) – %

- 1 links
- 2 eher links als rechts
- 3 weder links noch rechts
- 4 eher rechts als links
- 5 rechts
- 0 Das weiß ich (noch) nicht.

	1	2	3	4	5	0
8.-10.Klassen						
wbl.	6	10	46	8	3	27
ml.	7	16	36	18	6	17
11./12.Klassen						
wbl.	14	27	39	8	1	11
ml.	16	17	37	21	6	3
Lehrlinge						
wbl.	6	13	53	8	3	17
ml.	2	8	41	27	12	10
junge Erwerbstätige						
wbl.	7	23	37	5	2	26
ml.	5	16	40	15	8	16
Studenten						
wbl.	21	34	30	9	0	6
ml.	13	21	42	16	3	5

Da Mädchen und Frauen in den neuen Bundesländern von den bisherigen und gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen seit der »Wende« unmittelbar betroffen sind als Männer und dies für sie weitreichendere individuelle Konsequenzen hat, sind sie mehr als Männer gezwungen, ihre Lebensplanung zu überdenken und entsprechende Prioritäten neu zu definieren. Beruf und Kind(er) waren für sie in der DDR – wenn auch mit hohen Belastungen, auch mit ideologischem Druck, aber flankiert und ermöglicht durch staatlich organisierte Rahmenbedingungen – durchaus miteinander (auch zeitlich) zu vereinbaren. Heute sind Beruf und Kind(er) zu Alternativen geworden, wenn auch nicht zu prinzipiell einander ausschließenden, so doch zu zeitlich aufeinanderfolgenden, wie die dramatisch gesunkenen Geburtenzahlen (und auch spektakuläre Berichte über ein neues Phänomen weiblicher Sterilisation) bereits anzeigen.

Diese existentiellen Konsequenzen des neuen politischen Systems für Frauen – insbesondere für höher gebildete mit ihrer starken Orientierung auf eigene Erwerbstätigkeit – haben offenbar kritischeres (»linkes«) politisches Bewußtsein zur Folge.

Auf der Hand liegt, daß enge Zusammenhänge zu erwarten sind zwischen der Selbsteinordnung ins Links-Rechts-Spektrum und

- Parteipräferenzen,
- Einstellung zu Ausländern,
- dem Stolz, Deutscher zu sein, sowie
- Sympathien für bestimmte politische Gruppen und Organisationen.

Wenn man berücksichtigt, daß ein hoher Prozentsatz ostdeutscher Jugendlicher sich hinsichtlich parteipolitischer Sympathien nicht festlegt (in verschiedenen Untersuchungen unterschiedlich, aber bis 55 %, und darunter bei den weiblichen Jugendlichen durchgängig höher) – sicher Ausdruck eines tiefen Mißtrauens ist –, gelten für den »Rest« folgende Zusammenhänge:

- republikanische Richtung mit extrem rechts,
- sozialistische und grün-alternative Richtung mit links,
- liberale Richtung mit Mitte,
- christlich-demokratische Richtung mit linker Mitte.

Folgerichtig finden sich die meisten weiblichen Sympathien – soweit sie welche haben – bei der grün-alternativen, der sozialdemokratischen und der sozialistischen Richtung.

Tabelle 18: Sympathie für politische Richtungen: »Welcher der folgend genannten Richtungen gehört Ihre größte Sympathie?«  
(JUGEND IN LEIPZIG 1991. Tabellenband S. 96) – %

- 1 der grün-alternativen
- 2 der sozialistischen
- 3 der liberalen
- 4 der christlich-demokratischen
- 5 der sozialdemokratischen
- 6 der republikanischen
- 7 einer anderen
- 0 ich habe mich noch nicht festgelegt

	1	2	3	4	5	6	7	0
gesamt	17	6	6	8	13	4	5	41
männlich	14	7	7	10	15	6	6	35
weiblich	20	5	5	7	12	1	4	46
Azubis								
männlich	8	2	7	10	12	11	10	40
weiblich	16	2	4	9	11	1	5	52
Schüler								
männlich	13	7	7	9	14	7	5	38
weiblich	15	5	4	6	7	1	6	56
Studenten								
männlich	30	23	8	4	9	0	2	24
weiblich	49	13	5	4	6	1	3	19
Werkstätige								
männlich	30	12	10	4	14	0	10	20
weiblich	34	7	5	5	17	0	0	32
Arbeitslose								
männlich	9	4	6	15	27	3	5	31
weiblich	9	4	6	9	22	1	1	48

Ostdeutsche Frauen sind viel weniger stolz darauf, Deutsche zu sein, und in ihren Einstellungen zu Ausländern urteilen sie deutlich milder, positiver, lehnen sie weniger ab, fühlen sich von ihnen weniger bedroht – viel eher durch rechtsradikal-neofaschistische Tendenzen und Gewaltbereitschaft.

Wie sich die Sympathien weiblicher Jugendlicher erwartungsgemäß im linken Flügel der etablierten Parteien finden, fast nicht im rechten, so gilt dasselbe für politische Gruppierungen außerhalb der Parteienlandschaft: Während sie bei Skinheads, Faschos, Punks, rechtsradikalen Gruppen, Hooligans kaum mitmachen und sie viel stärker ablehnen als männliche Jugendliche, trifft das umgekehrt zu auf solche Gruppen wie Umweltschützer, Friedensbewegung, Atomkraftgegner.

Zwar ist das Phänomen der deutlich geringeren weiblichen Affinität zu rechten und rechtsextremistischen Positionen und Aktivitäten bekannt und vielfach empirisch belegt (auch der Zusammenhang rechter Positionen zur Arbeitslosigkeit und zum Bildungsstand), aber kaum näher thematisiert worden (Ausnahme: MÖLLER, K. 1991). Mit Sicherheit wird es (angesichts der höheren weiblichen Arbeitslosigkeit und anderer sozial bedingter Probleme bei Frauen in den neuen Bundesländern, das steht im Widerspruch dazu, »daß diese Gruppe wesentlich stärker von Männern repräsentiert wird als von Frauen« – OTTEN 1991. S. 52) durch bestimmte Persönlichkeitsstrukturen gebrochen. Insofern wäre eine entsprechende tieferegreifende Auswertung der dii-Untersuchung vom Herbst 1990 von hohem Interesse, die gleichzeitig das autoritäre Einstellungssyndrom gemessen und die Autoritarismus-Skala aus der SHELL-Studie 1981 sowie den Frankfurter Selbstkonzeptionsskalentest eingesetzt hat (OTTEN 1991. S. 38f.). Dies könnte einen wichtigen Beitrag leisten zur Erklärung einerseits des fast ausschließlich »männlichen« rechtsextremistischen Potentials als auch insgesamt geschlechtstypischer politischer Partizipation, z.B. die bevorzugte weibliche Affinität zu politischem und sozialem Engagement in den weniger hierarchisch strukturierten politischen Bewegungen infolge geschlechtstypischer Persönlichkeitsstrukturen. Im Idealfall ließen sich Schlußfolgerungen für veränderte politische Strukturen und Teilhabemöglichkeiten ableiten, die insbesondere Jugendlichen und Frauen mehr Einfluß auf politische Mitwirkung und Entscheidungen erleichtern bzw. attraktiver machen.

Ein bekanntes Erscheinungsbild ist das stärkere weibliche Engagement in politischen Bewegungen außerhalb der Parteien. Für die neuen Bundesländer gelten u.E. über die bekannten Motive hinaus auf dem Hintergrund der DDR-Sozialisation noch mindestens zwei weitere:

– Der starke Druck in der DDR auf die Mitgliedschaft in bestimmten Parteien und Organisationen hat mit der »Wende« folgerichtig zu einem Erdbeben in den Mitgliederzahlen geführt und – über die politischen Rückzugstendenzen in den alten Bundesländern hinaus – zu einer extremen Organisationsmüdigkeit, bedingt durch einen Überdruß formaler Organisiertheit und Vorsicht gegenüber jedweder Vereinnahmung. Auffallend ist der geringe Anteil derer (siehe Tabelle 19), die in der Frage von möglichen Mitgliedschaften noch unentschlossen sind (10-16 %), und der extrem hohe Anteil derer, die wahrscheinlich/keinesfalls Mitglied einer Jugendorganisation werden. Diese Befunde gelten bemerkenswerterweise unabhängig von der Geschlechtszugehörigkeit. Die Abstinenz der Jugendlichen beiderlei Geschlechts gegenüber organisierter politischer Betätigung schlägt sich auch im tatsächlichen Zeitaufwand dafür nieder.

In der Untersuchung »Jugend in Leipzig« (1991. Tabellenband S.118) antworteten auf die Frage »Wieviel Stunden haben Sie in der vergangenen Woche insgesamt für Veranstaltungen mit vorwiegend politischem Charakter aufgewendet?« 93 % mit »Das habe ich überhaupt nicht getan« bei keiner nennenswerten Differenzierung zwischen den Geschlechter-, Alters- und Bildungsgruppen.

– Das Interesse/die Beteiligung an Aktivitäten der Kirche, der Umweltschützer, der Friedensbewegung, der Atomkraftgegner waren in der DDR – zunächst vereinzelte und schnell zunehmende – Möglichkeiten alternativer/oppositioneller politischer Artikulation (siehe dazu RYTLEWSKI 1989). Statistische oder empirisch-soziologische Daten sowie inhaltliche Analysen dazu liegen aus begrifflichen Gründen nicht vor.

Zum Thema Frieden, Atomkraftgegner, Umwelt entstanden ab etwa 1980 zahlreiche informelle Gruppen und Arbeitsgemeinschaften – teilweise unter dem Dach der Kirche –, die sich bei weitem nicht auf diese Themen beschränkten, sondern mehr und mehr eine Zuflucht und Plattform politischer Opposition darstellten. In Erinnerung ist noch – anlässlich der offiziellen Demonstration zu Ehren von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17. Januar 1988 – der Auftritt Jugendlicher mit der Losung »Freiheit ist stets die Freiheit der anders Denkenden«.

Tabelle 19: Bereitschaft zur Mitgliedschaft in Jugendorganisationen  
(nach JUGEND IN LEIPZIG, S. 52 und Tabellenband S. 97; n = 1630) – %

»Wie nahe stehen Sie den aufgeführten Organisationen?«

- 1 bin bereits Mitglied
- 2 werde Mitglied werden
- 3 bin noch unentschlossen
- 4 werde wahrscheinlich nicht Mitglied werden
- 5 werde keinesfalls Mitglied werden

- a einer überparteilichen Jugendorganisation  
b einer parteigebundenen politischen Jugendorganisation

	1		2		3		4		5	
	wbl.	ml.								
gesamt										
a	1	3	2	1	15	17	30	22	52	57
b	0	1	1	1	10	10	25	17	64	71
Azubis										
a	1	5	1	1	21	17	35	24	42	53
b	1	1	1	1	11	11	33	18	54	69
Schüler										
a	2	0	3	1	24	27	29	25	42	47
b	0	1	2	2	17	18	28	21	53	58
Studenten										
a	2	5	2	0	8	14	40	26	48	55
b	0	0	0	1	6	6	21	16	73	77
Werktätige										
a	0	6	0	2	3	4	23	16	74	72
b	0	4	0	2	0	0	14	13	86	81
Arbeitslose										
a	1	0	1	0	2	2	21	12	75	86
b	1	0	0	0	2	1	20	12	20	12

Insofern haben soziale Bewegungen insgesamt in den neuen Bundesländern eine andere Genese, Funktion und Ausstrahlung (zum großen Teil treffen die von OSCHLIES benannten zwölf Typen von informellen Gruppen zu (OSCHLIES 1988, S. 34ff.), wenn auch das Phänomen höherer weiblicher Partizipation in solchen Bewegungen im Osten gleichermaßen zutrifft. Bis heute ist die jugendliche Teilnahme (bzw. Bereitschaft dazu) an mehr spontanen, direkten und konkret thematisierten Formen politischer Mitwir-

kung höher als im Westen, wengleich die Wirksamkeit/Unwirksamkeit solcher Aktivitäten von ost- und westdeutschen Jugendlichen etwa übereinstimmend eingeschätzt wird (bei etwas höherer Wertschätzung durch die ostdeutschen weiblichen Jugendlichen).

Tabelle 20: Ausgewählte Formen politischer Mitwirkung  
(nach SCHUBARTH, W./W. Friedrich 1991) – %

Beteiligung:

- 1 bereits getan
- 2 möglicherweise tun
- 3 kommt nicht in Frage

Bewertung der Wirksamkeit:

- 1 wirksam
- 2 nicht wirksam

	Beteiligung			kA	Wirksamkeit		
	1	2	3		1	2	kA
das politische Geschehen verfolgen							
wbl.	67	26	6	1	67	29	4
ml.	70	23	6	1	61	36	3
Beteiligung an Unterschriftensammlung							
wbl.	53	39	7	1	82	15	3
ml.	40	46	13	1	71	25	4
politische Diskussion führen							
wbl.	46	34	19	1	64	33	3
ml.	48	38	13	1	61	35	4
Teilnahme an politischer Demonstration							
wbl.	40	46	13	1	84	13	3
ml.	34	49	16	1	79	18	3

Die Sympathien der Jugendlichen für (und Teilnahme an) Gruppen der Umweltschützer, der Friedensbewegung, der Atomkraftgegner und der »Grünen« sind bis heute sehr hoch und liegen deutlich vor solchen wie für die Schüler-/Studentenvertretungen, kirchlichen Jugendgruppen, Gewerkschaftsjugend und anderen.

Tabelle 21: Einstellung zu ausgewählten politischen Gruppen/Organisationen  
(nach SCHUBARTH, W./W. Friedrich 1991) – %

- 1 finde ich gut und mache selbst mit
- 2 finde ich gut, mache aber selbst nicht mit
- 3 habe Verständnis dafür, mache aber selbst nicht mit
- 4 lehne ich ab
- 5 kenne ich nicht

	1	2	(1+2)	3	4	5
<b>Umweltschützer</b>						
wbl.	9	75	(84)	14	1	1
ml.	8	63	(71)	26	2	1
<b>Friedensbewegung</b>						
wbl.	7	71	(78)	18	2	2
ml.	6	61	(67)	28	3	2
<b>Atomkraftgegner</b>						
wbl.	2	45	(47)	39	9	5
ml.	2	30	(32)	44	21	3
<b>Die Grünen/B 90</b>						
wbl.	2	35	(37)	43	11	9
ml.	1	28	(29)	46	16	9

Sichtbar werden hier die deutlich höheren Sympathien der weiblichen Jugendlichen für diese Gruppen, wenn sie sich bemerkenswerterweise auch nicht in einem höheren aktiven Beteiligungsgrad niederschlagen.

Demgegenüber bedenklich ist die distanzierte Haltung ostdeutscher Jugendlicher zu Selbsthilfegruppen, wenn zwei Drittel angeben, daß sie wahrscheinlich/keinesfalls Mitglied einer solchen werden. Wenn auch (noch) auf mangelnde Angebote im Umkreis von Veränderungsprozessen besonders Betroffener verwiesen werden muß, so macht das doch auf eine verbreitete Passivität hinsichtlich der Veränderung der eigenen Situation aufmerksam. Dies ist ein Indikator dafür, daß Ostdeutsche es nach den Erfahrungen in einem »vormundschaftlichen Staat« noch nicht gelernt haben, daß nunmehr – im sozialen wie im individuellen Kontext – jeder seine Interessen selbst vertreten muß, was um so mehr gilt, als sie zwar nach der

»Wende« mit mehrheitlichem Willen das neue politische System übernommen haben, nach dessen Mehrheitsprinzip sie jedoch eine Minderheit darstellen.

Tabelle 22: »Wie nahe stehen Sie Selbsthilfegruppen?«

(nach JUGEND IN LEIPZIG 1991, S. 53 und Tabellenband S. 100) – %

- 1 bin bereits Mitglied
- 2 werde Mitglied werden
- 3 bin noch unentschlossen
- 4 werde wahrscheinlich nicht Mitglied werden
- 5 werde keinesfalls Mitglied werden

	1	2	3	4	5
gesamt					
wbl.	1	5	32	39	23
ml.	1	4	27	32	36
Azubis					
wbl.	1	3	30	39	27
ml.	1	2	22	33	42
Schüler					
wbl.	1	6	33	42	18
ml.	2	6	30	29	33
Studenten					
wbl.	2	5	31	45	17
ml.	0	1	35	41	23
Werk tätige					
wbl.	0	2	38	30	30
ml.	2	6	28	21	43
Arbeitslose					
wbl.	0	5	29	37	29
ml.	1	4	26	31	38

An letzteres anknüpfend, lassen sich einige Verallgemeinerungen ableiten für die gegenwärtige und künftige Partizipation ostdeutscher Frauen und deren Determinanten auf der subjektiven und der gesellschaftlichen Ebene:

Auf dem Hintergrund, daß in der DDR Politik für Frauen gemacht worden ist, von deren Entscheidungen sie ausgeschlossen waren, von deren Effekten (den bekannten »Errungenschaften«) sie quasi korrumpiert waren, müssen gerade sie schnell lernen, eigene Interessen zu artikulieren und sich

---

zu deren Durchsetzung zu organisieren. Darüber hinaus bedarf es des Abbaus von verständlichen Informationsdefiziten möglicher und wirksamer Nutzung der gegebenen politischen Strukturen dafür. Erschwerend wirkt, daß die neuen staatlichen Institutionen und das Parteiensystem (noch) nicht als die »eigenen« gesehen werden.

Welche Funktion in diesem Zusammenhang die über 800 kommunalen Gleichstellungsstellen in der Bundesrepublik haben können, hängt wesentlich davon ab, ob sie sich künftig mehr als Anlaufstelle für individuelle Beratung (meist als letzter Strohalm in einer Reihe erfolgloser Versuche, insbesondere bezüglich bürokratischer Behördenirrgänge der Frauen) oder auch als Analysator von Frauenproblemen und Initiator von weiblicher Aktivität sehen, wie sie die gegenwärtige Diskrepanz zwischen ihrer zugewiesenen und gewünschten Rolle verarbeiten und die Vagheit ihrer Mittel und Möglichkeiten präzisieren können (siehe dazu GRÖNING 1991).

Da sich Frauen offensichtlich stärker politisch engagieren in ihrem sozialen (über- und durchschaubaren) Umfeld, für ganzheitliche oder konkrete Probleme, möglichst fern von strengen Hierarchien, in eher informellen Strukturen, unter einer möglichen Verknüpfung der Sach- mit der Beziehungsebene, der »privaten« mit der »öffentlichen« Sphäre, andererseits die Parteienpolitik dem deutlich zuwiderläuft, zudem bestimmte Themen (wie Alte, Kindereinrichtungen, Gesundheit, Umwelt) innerhalb der parteipolitischen Interessen der Regierenden kaum attraktiv sind und auch vom zeitlichen Rhythmus der Wahlperioden bestimmt sind, sollten die etablierten Parteien über ihre Bürgernähe und Strukturen nachdenken. Denn nach den Frauen entfernen sich zunehmend auch Jugendliche und andere von ihnen, und die Akzeptanz alternativer politischer Handlungsformen (mit friedlichen Mitteln) wächst demgegenüber an, während das Mißtrauen gegen die Parteien steigt und sie zunehmend mit Macht, Korruption, Lüge und Handlungsunfähigkeit konnotiert werden.

Ein schwer zu lösender Widerspruch besteht zwischen den durchorganisierten, hierarchischen Strukturen der etablierten Parteien mit ihren »Spielregeln« und dem weiblichen Unwillen, ihr politisches Engagement aus Gründen (vermeintlicher oder tatsächlicher) Effektivitätssteigerung Rentabilitäts- und Rationalisierungskriterien zu unterwerfen oder zu professionalisieren (siehe RUBART 1988).

Chancen hätten für Frauen möglicherweise Formen an der Basis, die punktuelle und thematische politische Partizipationsmöglichkeiten zulassen mit hohen Handlungsspielräumen im Umfeld der Parteien, die bereit sind, deren Ergebnisse parlamentarisch einzubringen, oder aber (verfassungsmäßig verankerte) neue politische Organisationsformen, wie das MÖLLER, B. (1991) vorschlägt, z.B. die Akzeptanz »direktdemokratischer Elemente politischer Kultur und Formen direktdemokratischer Staatswillensbildung als ergänzende Faktoren repräsentativer Demokratie«, ein »Wahlssystem mit einer dritten Stimme, mit der entschieden wird, welche der sozialen und Bürgerbewegungen bei der Zuteilung von Geld besonders gefördert wird (Ergänzung zur Parteienfinanzierung)« (ebenda. S.51f.).

Zudem ist ein notwendiger Prozeß, die ausgeprägten sozialengagierten Einstellungen und Haltungen der Frauen hin zu politischen Handlungen zu aktivieren. Das ist leichter gesagt als getan – auf dem Hintergrund ihrer gegenwärtig vorherrschenden hilflosen Betroffenheit und Lethargie; andererseits gibt das traditionell hohe Selbstbewußtsein der DDR-Frauen (einschließlich hoher internaler Leistungsattribution – siehe SCHLEGEL 1986) – falls noch nicht auf der Strecke geblieben – Hoffnung auf diesen Prozeß.

#### 4. Literaturverzeichnis

ACKERMANN, H. (1989): Die politische Bildung in der Bundesrepublik Deutschland und ihr Verständnis der Ost-West-Beziehungen. In: Politische Sozialisation Jugendlicher in Ost und West. Hrsg. von Bernhard Claußen. Bonn 1989. S. 174-185.

BERG, F. (1991): Zur politischen Sozialisation der Ostdeutschen. Problematisierung »üblicher« Erklärungsmuster. Leipzig 1991 [unveröffentlichtes Manuskript].

BERTRAM, B. (1986): Leistung und Lebensweise junger Frauen in der DDR. Teil I: Politisch-ideologische Einstellungen und Aktivitäten junger Frauen. Leipzig 1986 [unveröffentlichter Forschungsbericht].

BORIS, P. (1991): Über die Vermögen von Parteien und Massenorganisationen der DDR. In: Kontinent Ost-West-Forum. Bonn 17(1991)2. S. 32-36.

CHALUPSKY, J./R. ROTHMANN (1991): Freier Markt auf nackter Haut. Wessi-Report aus Leipzig. Berlin 1991.

---

COSMOPOLITAN (1990)8. S.130-134.

»DAS IST DER NEUE ADEL«. Der lange Weg zur Parteienverdrossenheit und Protestwahl in der Bundesrepublik. In: Der Spiegel. Hamburg (1992)16. S. 39-59.

DENNHARDT, R. (1991): Sozialisationsinstanzen der Jugend. Lebensbedingungen und Lebensweise der DDR-Jugend. In: FRIEDRICH,W./H. GRIESE (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung. Opladen 1991. S. 27-34.

DEUTSCHE SCHÜLER IM SOMMER 1990. Skeptische Demokraten auf dem Weg in ein vereintes Deutschland. Deutsch-deutsche Schülerbefragung 1990. München 1990 (DJI-Arbeitspapier).

DIESES LAND WIRD UNREGIERBAR. In: Der Spiegel. Hamburg (1992)38. S. 18-28.

FÖRSTER, P. (1985): Geschlechterposition und Wertorientierungen. 3. Wertorientierungen und gesellschaftliche Aktivität. Leipzig 1985 [unveröffentlichter Forschungsbericht].

FÖRSTER, P. (1991): Zu Entwicklungen des politischen Bewußtsein der Jugend. In: FRIEDRICH,W./H. GRIESE (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung. Opladen 1991. S. 135-150.

FRIEDRICH, W. (1966): Jugend heute. Berlin 1966.

FRIEDRICH, W. (1990): Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« vom 13. April 1990. S. 25-37 (B 16-17/1990).

FRIEDRICH, W./H. GRIESE (Hrsg.) (1991): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren. Opladen 1991.

FRIEDRICH, W./W. NETZKER/W. SCHUBARTH (1990): Ostdeutsche Jugend. Ihr Verhältnis zu Ausländern und zu einigen politischen Problemen. Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig 1990 (Freudenberg-Stiftung informiert).

FUST, K. (1992): Spontanität. In: Freundin (1992)19.

GABLER VOLKSWIRTSCHAFTSLEXIKON (1990). 3. neubearb. Aufl. Wiesbaden 1990.

GENSICKE, Th. (1992): Mentalitätsentwicklungen im Osten Deutschlands seit den 70er Jahren. Vorstellung und Erläuterung von Ergebnissen einiger empirischer Untersuchungen in der DDR und in den neuen Bundesländern von 1977 bis 1991. Teilstudie im Rahmen eines Forschungsprojektes »Beobachtung und Verknüpfung grundlegender Wandlungstendenzen gegenüber Staat, Politik und Gesellschaft«. 2. Aufl. Speyer 1992.

GRÖNING, K. (1991): Den Frauen helfen ... Der Balanceakt der Beratung in den Aufgabenkatalogen der kommunalen Frauenbüros. Eine empirische Auswertung. In: *Frauenforschung*. Hannover, Bielefeld (1991)3. S. 50-66.

HENRICH, R. (1990): Der vormundschaftliche Staat. Mit einem Gespräch zwischen Kurt Masur und Rolf Henrich. Leipzig, Weimar 1990.

ISRAEL, A. (1990): Kindheit in der DDR – repressive Erziehung und ihre Folgen. In: *Psychomed* (1990)2. S. 104-107.

JAIDE, W. (1963): Das Verhältnis der Jugend zur Politik. Berlin 1963.

JAIDE, W./B. HILLE (1990): Jugend in der DDR im Wandel? In: *Kultur und Politik*. Berlin 17(1990)4. S. 36-48.

JUGEND'92. Lebenslagen, Orientierungen und Entwicklungsperspektiven im vereinten Deutschland (1992). Hrsg. vom Jugendwerk der Deutschen Shell. Bd. 1: Gesamtdarstellung und biographische Porträts; Bd. 2: Im Spiegel der Wissenschaften; Bd. 3: Die neuen Länder – Rückblick und Perspektive; Bd. 4: Methodenberichte, Tabellen, Fragebogen. Opladen 1992.

JUGEND IN LEIPZIG 1991 (1991). Zur Situation Jugendlicher in einer ostdeutschen Großstadt. [Hrsg. von der] Universität Leipzig/Laboratorium für Studentenforschung und der Gesellschaft für Jugend- und Sozialforschung Leipzig/Forschungsstelle für Ausbildungs- und Berufsforschung. Leipzig 1991.

KAASE, M. (1989): Politische Einstellungen der Jugend. In: *Handbuch der Familien- und Jugendforschung*. Hrsg. von R. Nave-Herz/M. Markevka. Bd. 2. Neuwied, Frankfurt am Main 1989. S. 612.

KLEINES FREMDWÖRTERBUCH (1982). Leipzig 1982.

LANGE, G. (1991): Religiöses Bewußtsein Jugendlicher. In: FRIEDRICH, W./ H. GRIESE (Hrsg.) (1991): *Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren*. Opladen 1991. S. 154-162.

LANGE, G./H.-J. STIEHLER (1990): Abschied von der Utopie? Jugend der DDR im Wandel der achtziger Jahre. In: *Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie* (1990) Beiheft 1 »Sozialisation im Sozialismus. Lebensbedingungen in der DDR im Umbruch«. S. 55-69.

LANGE, I. (1974): Aktuelle Probleme der Arbeit mit den Frauen bei der weiteren Verwirklichung der Beschlüsse des VIII. Parteitagess der SED. Berlin 1974.

»Leipziger Volkszeitung« vom 24. Mai 1991.

LEXIKON ZUR SOZIOLOGIE (1973). Opladen 1973.

---

LEIPZIGER DEMONTAGEBUCH (1990). Leipzig, Weimar 1990.

LINDNER, B. (1990): Soziologie der Losungen. In: Leipziger Demontagebuch. Leipzig, Weimar 1990. S. 169-173.

MALECK-LEWY, E. (1991): Frauenaufbruch zwischen Utopie und Realität. In: Entmännlichung der Utopie. Beiträge zur Utopiediskussion in feministischer Theorie und Praxis. Tübingen 1991. S. 117-133.

MEINECKE, A./B. GABRIEL (1991): Frauen in Leipzig. Eine soziologische Untersuchung zur sozialen Situation und Befindlichkeit von Frauen in der Stadt Leipzig. Leipzig 1991.

MEYER, B. (1989): Politik als Beruf – auch für Frauen? Oder: die Schwierigkeit, sich an die ersten Politikerinnen der Nachkriegszeit zu erinnern. In: Frauenforschung (1989)3. S. 29-42.

MÖLLER, B. (1991): Soziologisch-politische Analyse der Parteienentwicklung in der DDR (Zeitraum Oktober 1989 bis Oktober 1990). In: Tsatsos, D.Th. (Hrsg.): Auf dem Weg zu einem gesamtdeutschen Parteienrecht. Baden-Baden 1991. S. 29-54.

MÖLLER, K. (1991): Geschlechtsspezifische Aspekte der Anfälligkeit für Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. In: Frauenforschung (1991)3. S. 27-49.

MÜHLER, K./St. WILSDORF (1991): Die Leipziger Montagsdemonstrationen. Aufstieg und Wandel einer basisdemokratischen Institution des friedlichen Umbruchs im Spiegel empirischer Meinungsforschung. In: Berliner Journal für Soziologie 1(1991) Sonderheft. S. 37-45.

MÜLLER, H. (1991): Lebenswerte und nationale Identität. In: FRIEDRICH, W./ H. GRIESE (Hrsg.) (1991): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren. Opladen 1991. S. 124-135.

NIERMANN, J. (1991): Schriftliche Stellungnahme zum Thema »Identitätsfindung von Jugendlichen in den neuen Bundesländern« anlässlich der Anhörung durch den Deutschen Bundestag am 18. September 1991 [Manuskript].

NOLL, H.-H./F. SCHUSTER (1992): Soziale Schichtung: Niedrigere Einstufung der Ostdeutschen. Wahrnehmung und Bewertung sozialer Ungleichheit im Ost-West-Vergleich. In: Informationsdienst Soziale Indikatoren ISI. Köln (1992)7. S. 1-6.

NUR NOCH SO BELIEBT WIE DIE RUSSEN. »Spiegel«-Umfrage über die Einstellung der Ost- und Westdeutschen zueinander (1991). In: Der Spiegel. Hamburg (1991)30. S. 24-29.

OSCHLIES, W. (1988): »Informelle« Jugendgruppen in Osteuropa. Teil 1: Theoretisch-historische Einführung. Köln 1988.

OSTDEUTSCHE JUGEND '92 (1992). [Hrsg. von der] Forschungsstelle Sozialanalysen Leipzig. Leipzig 1992.

OTTEN, D. (1990): Demoskopische und wahlsoziologische Anmerkungen zur Frage: Ist mit der Jugend noch Staat zu machen? In: SCHIERHOLZ, H. (Hrsg.) (1991): Ist mit der Jugend kein Staat zu machen? Politische Beteiligung junger Leute in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Loccum 1991. S. 36-53 (Loccumer Protokolle 53/90).

POPPE, G. (1992): [Rede im Deutschen Bundestag am 12. März 1992]. In: Stenographischer Bericht des Deutschen Bundestages. 82. Sitzung. Bonn 1992. S. 6724.

DAS PROFIL DER DEUTSCHEN – Was sie vereint, was sie trennt. Hamburg 1991 (Spiegel-Spezial 1/1991).

ROSKI, G. (1991): Bleiben sie Heiden? In: Spiegel-Spezial 1/1991. S. 72-76.

ROSKI, G. (1985): Zur Entwicklung politisch-ideologischer Überzeugungen bei jungen Leuten. Differenzierte Betrachtung nach dem Geschlecht. Leipzig 1985 [unveröffentlichter Forschungsbericht].

RUBART, F. (1988): Partizipation von Frauen in neuen sozialen Bewegungen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« vom 14. Oktober 1988. S. 30-42 (B 42/1988).

RYTLEWSKI, R. (1989): Politische Kultur und Generationswechsel in der DDR: Tendenzen zu einer alternativen politischen Kultur. In: Politische Sozialisation Jugendlicher in Ost und West. Bonn 1989. S. 209-224 (Studien zur Geschichte und Politik).

SCHAEFFER-HEGEL, B. (1988): Vater Staat und seine Frauen: Über den Beitrag der politischen Philosophie zum Ausschluß der Frauen aus der Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung »Das Parlament« vom 14. Oktober 1988. S. 20-29 (B 42/1988).

SCHIERHOLZ, H. (Hrsg.) (1991): Ist mit der Jugend kein Staat zu machen? Politische Beteiligung junger Leute in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Loccum 1991 (Loccumer Protokolle 53/90).

SCHLEGEL, U. (1986): Überlegungen zum veränderten Selbstbild der Studentinnen hinsichtlich ihrer Studienleistung. In: Faktoren des Leistungsverhaltens und der Persönlichkeitsentwicklung von Studenten im 1. Studienjahr. Leipzig 1986. S. 66-70.

SCHLEGEL, U. (1991 a): Junge Frauen. In: FRIEDRICH, W./H. GRIESE (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftliche Stationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den achtziger Jahren. Opladen 1991. S. 163-177.

SCHLEGEL, U. (1991 b): Junge Frauen in der DDR 1990. Befindlichkeiten zwischen bisheriger Biographie und Zukunft. In: SACHS, A./CH. LINDECKE (Hrsg.): Frauen zwischen Ost und West. Teil 1. Kassel 1991. S. 186-208.

---

SCHLEGEL, U./H. GANTZ (1987): Probleme der Leistungsbereitschaft und Berufstätigkeit junger weiblicher Hoch- und Fachschulabsolventen. In: Soziale Beziehungen im Betrieb. Persönlichkeit und Leistung von Hoch- und Fachschulkadern. Leipzig 1987. S. 80-89.

SCHLOTTAU, H.(1990): Diskussion in: SCHIERHOLZ, H. (Hrsg.) (1991): Ist mit der Jugend kein Staat zu machen? Politische Beteiligung junger Leute in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Loccum 1991. S. 14-17 (Loccumer Protokolle 53/90).

SCHÖLER-MACHER, B. (1991): Fremd(körper) in der Politik. Die Normalität des politischen Alltags in Parteien und Parlamenten aus der Sicht von Frauen. In: Frauenforschung (1991)1/2. S. 98-116.

SCHUBARTH, W. (1991): Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. In: Mitteilungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig 4(1991) S. 20-31.

SCHUBARTH, W./W. FRIEDRICH (1991): Einstellungen ostdeutscher Jugendlicher zu Links- und Rechtsextremismus. Ergänzungen zum Bericht Ostdeutsche Jugend. Ihr Verhältnis zu Ausländern und zu einigen aktuellen politischen Problemen. Leipzig 1991 (Freudenberg-Stiftung informiert).

SEIDENSPINNER, G. (1990): Von Quotenfrauen und der Renaissance des alten Familienbildes. Trends in der politischen Beteiligung von Mädchen und jungen Frauen. In: SCHIERHOLZ, H. (Hrsg.) (1991): Ist mit der Jugend kein Staat zu machen? Politische Beteiligung junger Leute in Parteien und gesellschaftlichen Organisationen. Loccum 1991. S. 54-64 (Loccumer Protokolle 53/90).

SIVÁK, L. (1982): Ateizmus a náboženstvo vo svetonázore žien (Atheismus und Religion in der Weltanschauung der Frauen). In: Sociológia (1982)14. S. 555-562.

STATISTISCHES JAHRBUCH der Deutschen Demokratischen Republik. 34. Jg. Berlin 1989.

STIEHLER, H.-J. (1991): Zwischen Traum und Trauma: Mentalitäten und Befindlichkeiten nach dem Zusammenbruch des SED-Staates. In: Von der Einigung zur Einheit. Probleme und Perspektiven des deutschen Einigungsprozesses. Düsseldorf 1991. S. 237-243.

WATERKAMP, D. (1989): Erziehung zur Identifikation mit dem Staat in der DDR. In: Politische Sozialisation Jugendlicher in Ost und West. Bonn 1989. S. 121-127.





Dr. phil. Uta Schlegel, geboren 1943 in Leipzig, studierte in Leipzig Pädagogik und an der Humboldt-Universität zu Berlin Informationswissenschaft. 1983 promovierte sie mit einer soziologischen Arbeit »Gleichberechtigung und Geschlechtsunterschiede« an der Technischen Universität Dresden. Von 1972 bis 1990 arbeitete sie am Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) in Leipzig, wurde in dieser Zeit u.a. in den Wissenschaftlichen Rat »Jugendforschung« und in den Wissenschaftlichen Rat »Die Frau in der sozialistischen Gesellschaft« an der Akademie der Wissenschaften der DDR berufen. Nach Auflösung des ZIJ Ende 1990 wurde sie im Januar 1991 vom Deutschen Jugendinstitut München/Außenstelle Leipzig übernommen; seit Mai 1992 gehört sie der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) an. Veröffentlichungen u.a.: Gesamtdeutsche Entwicklung. Auswirkung auf Ausbildung und Beschäftigung von Mädchen und Frauen. BMFG. Gießen 1991. – Junge Frauen in der DDR 1990. Befindlichkeiten zwischen bisheriger Biographie und Zukunft. In: Frauen zwischen Ost und West. Hrsg. von A. Sachs/Ch. Lindecke. Teil 1. Kassel 1991. S. 186-206. – Junge Frauen. In: Friedrich, W./H. Griese (Hrsg.): Jugend und Jugendforschung in der DDR. Gesellschaftspolitische Situationen, Sozialisation und Mentalitätsentwicklung in den 80er Jahren. Opladen 1991. S. 163-177. – Frauen im gesellschaftspolitischen Wandel. Frauenkonferenz Dresdener Hochschulen in Kooperation mit Hamburg und dem Regierungspräsidium Dresden/Referat Gleichstellung. Dresden, Hamburg 1991. – Zur Entwicklung der Jugendforschung in der DDR. In: Recht der Jugend und des Bildungswesens 39(1991)4. S. 372-384. – Empirische Jugendforschung im Osten Deutschlands vor und nach der deutschen Vereinigung. In: Empirische Sozialforschung im vereinten Deutschland. Frankfurt am Main, New York 1992. S. 131-143 [gemeinsam mit U. Six]. – Positionen ostdeutscher Frauen zum Staat DDR und zur »Wende«. In: Die Frau in unserer Zeit (1992)3 [im Druck].



## Weitere Veröffentlichungen des Rosa-Luxemburg-Vereins e. V.

### »Mitteilungen«

*Heft 1. Leipzig 1991. 28 S.* [Enthält: Gustav Seeber: Vorbemerkung. S. 3-5. – Juliane Krummsdorf/Volker Külow/Walter Markov/Helmut Seidel: Einladung zur Konstituierung der Rosa-Luxemburg-Stiftung. S. 6-8. – Helmut Seidel: Prinzip Hoffnung am Ende? S. 9-15. – Satzung des Vereins zur Förderung einer Rosa-Luxemburg-Stiftung. Eingereicht beim Registriergericht am 3. Mai 1991. S. 16-24. – Erste Presseresonanz. S. 25-28.] – *Heft 2. Leipzig 1991. 35 S.* [Enthält: Helmut Meier: Geschichtsbewußtsein als Identitätsfaktor. Reflektionen über Ergebnisse zur Entwicklung des Geschichtsbewußtseins in der DDR. S. 5-17. – Jürgen Hofmann: Konfliktreiche Transformation zum Bundesbürger. Bemerkungen zu Ergebnissen soziologischer Erhebungen in ostdeutschen Ländern. S. 18-27. – Ausgewählte Ergebnisse der Untersuchungen der Projektgruppe Identitätswandel, Berlin. S. 28-32. – Informationen des Vorstandes. S. 33-35.] – *Heft 3. Leipzig 1991. 33 S.* [Enthält: Kurt Pätzold: Faschismus- und Antifaschismusforschung in der DDR. Ein kritischer Rückblick. S. 3-16. – Werner Bramke: Carl Goerdeler's Weg in den Widerstand. S. 17-30. – Informationen des Vorstandes. S. 31-33.] – *Heft 4. Leipzig 1991. 34 S.* [Enthält: Frank Schumann: Der wilde Osten oder: Warum Scheiben in Hoyerswerda im deutschen Blätterwald lauter klirren als etwa die in Neumünster. S. 3-10. – Manfred Behrend: Ursachen für Entstehung und Auftrieb des Rechtsextremismus im Anschlußgebiet. S. 11-19. – Wilfried Schubarth: Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit unter Jugendlichen in den neuen Bundesländern. S. 20-31. – Informationen des Vorstandes. S. 32-34.] – *Heft 5. Leipzig 1991. 45 S.* [Enthält: Karl Bönninger: Landesverfassungen für die ostdeutschen Bundesländer. S. 5-16. – Karl-Heinz Schöneburg: Verfassungsfortschritt in »Teutschland«? S. 17-35. – Annelies Laschitzka: Rosa Luxemburg – jetzt erst recht! Bericht über das Internationale Rosa-Luxemburg-Symposium vom 2. bis 4. November 1991 in Tokio. S. 36-44. – Informationen des Vorstandes. S. 45.] – *Heft 6. Leipzig 1992. 47 S.* [Enthält: Vorbemerkung. S. 3. – Wolfgang Schröder: Die Genossenschaftsbuchdruckerei zu Leipzig 1872-1881. Ein Lehrstück in sechs Akten. S. 5-46. – Inhalt. S. 47.] – *Heft 7. Leipzig 1992. 54 S.* [Enthält: Joachim S. Hohmann: Verfolgte ohne Heimat. Zigeuner in Deutschland. S. 5-34. – Reimar Gilsenbach: Wer wußte was? Wer will nichts wissen? Wie die Deutschen ihre Verbrechen gegen Sinti und Roma, insbesondere den Völkermord von Auschwitz-Birkenau, aus ihrem Erinnern verdrängt haben. S. 35-50. – Reimar Gilsenbach: Meine Mühen zum Gedenken der Opfer des »Zigeunerlagers« in Berlin-Marzahn. S. 51-52. – Autoren dieses Heftes. S. 53. – Informationen des Vorstandes. S. 54.] – *Heft 8. Leipzig 1992. 24 S.* [Enthält: Rosa Luxemburg in der Verbannung? Gedanken zur gegenwärtigen und zur künftigen Rosa-Luxemburg-Rezeption. Festvortrag auf dem 1. Stiftungsfest des Rosa-Luxemburg-Vereins e.V. Leipzig am 28. März 1992.]

### »Texte zur politischen Bildung«

*Heft 1: Frauen in Sachsen. Zwischen Betroffenheit und Hoffnung. Recherchiert und kommentiert von Birgit Bütow, Helga Heidrich, Brigitte Lindert und Elke Neuke unter Mitarbeit von Brunhilde Krone und Helga Liebecke. Leipzig 1992. 48 S.* – *Heft 2: Reimar Gilsenbach/Joachim S. Hohmann: Beiträge zur Geschichte der Sinti und Roma. Mit einem Titelfoto von Christiane Eisler und einer Besprechung*